

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 8 (1982)

Heft: 1

Artikel: Landflucht und Revitalisierung der Dörfer

Autor: Greverus, Ina-Maria

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-814310>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

LANDFLUCHT UND REVITALISIERUNG DER DÖRFER

Ina-Maria Greverus

Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie
der Universität Frankfurt am Main, BRD.

ZUSAMMENFASSUNG

Der Beitrag analysiert in einem einleitenden Teil die Ursachen und Folgen der Landflucht in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund vergleichbarer Daten in der EG. Ein weiterer Abschnitt untersucht die sich aus Prognosen und Forderungen ableitenden Entwicklungsstrategien der Nachkriegszeit, die unter das wirtschaftspolitische Motto der Rentabilisierung, Modernisierung und Zentralisierung subsumiert werden können. In einem dritten Teil wird eine eigene empirische Erhebung mit Modellcharakter, die im Rahmen des hessischen Dorferneuerungsprogramms durchgeführt wurde, hinsichtlich ihrer Relevanz für Revitalisierungsbestrebungen aufgrund neuerer Tendenzen zu erhaltenden Strategien im ländlichen Raum erörtert.

RESUME

Cet article analyse dans son introduction les causes et les conséquences de l'exode rural en République fédérale allemande et traite en arrière-plan des données comparables dans la Communauté européenne. On y examine ensuite les stratégies de développement de l'après-guerre dérivant de pronostics et d'impératifs et pouvant être subsumées par le motto politico-économique de rentabilisation, modernisation et centralisation. Dans la troisième partie est exposée une recherche empirique personnelle – ayant un caractère de modèle et qui fut menée dans le cadre du programme de rénovation des villages de Hesse – eu égard à l'importance qu'elle revêt dans les tentatives de revitalisation basées sur les récentes tendances à appliquer des stratégies de conservation dans les zones campagnardes.

1. LANDFLUCHT STATISTISCH

Seit dem Beginn der Industrialisierung in Europa ist der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft rapide gesunken; ein Trend, der prognostisch noch nicht abgeschlossen ist, wie sich aus dem Schaubild für Deutschland zeigt (vgl. Abb. 1).

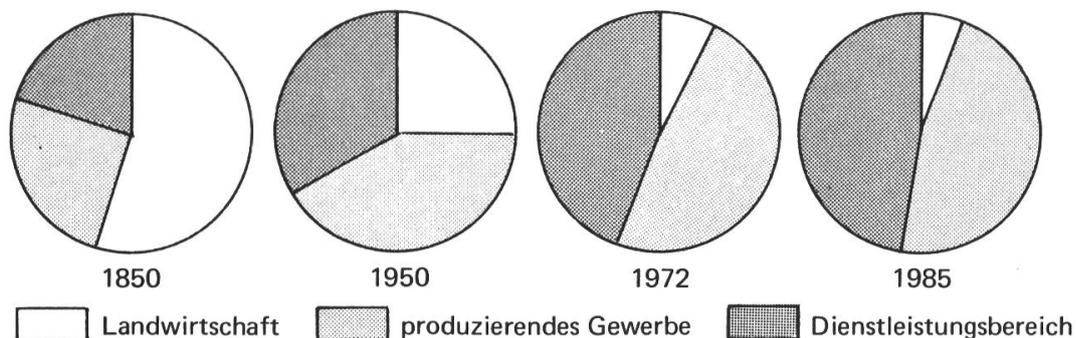
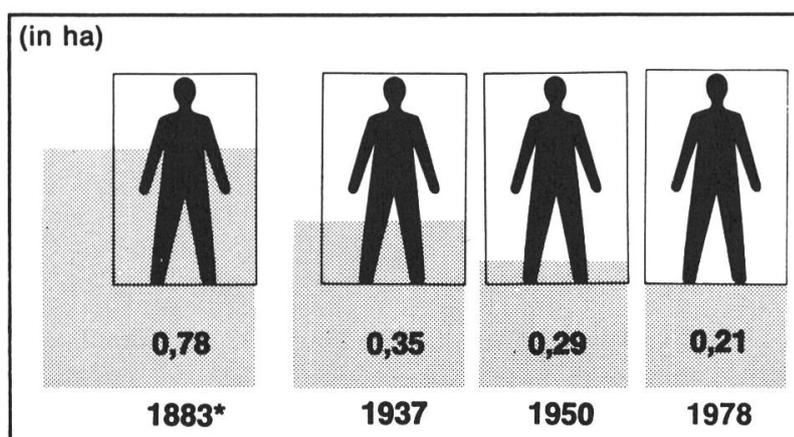


Abb. 1. Verlagerung des Anteils der Erwerbstätigen in den 3 Erwerbssektoren im Verlauf der vergangenen 100 Jahre. Die Verschiebungen des Anteils der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland sind charakteristisch für die Entwicklung einer vorwiegend agrarisch ausgerichteten Volkswirtschaft zu einem hochindustrialisierten Land. Besonders auffallend ist der überproportional starke Rückgang des Anteils der Landwirtschaft zwischen 1950 und 1972.

Ebenso ging bei einer Verdreifachung der Bevölkerung im heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 100 Jahren die landwirtschaftlich genutzte Fläche je Einwohner auf nahezu ein Viertel zurück (vgl. Abb. 2).



*(Reichsgebiet)

Abb. 2. Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) je Einwohner.

Diese Schaubilder liessen sich mit nationalen Unterschieden für alle Länder Europas erstellen, wenn auch der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten in den weniger entwickelten (oder auch unterentwickelten) Ländern und Regionen Europas noch etwas höher liegt. In einem statistischen Vergleich aus der Europäischen Gemeinschaft 1969/1979 finden wir die Beispielzahlen entsprechend Abb. 3.

Abb. 3. Auszug aus dem Materialband zum Agrarbericht 1981 der Bundesregierung.

Mitgliedstaat	Insgesamt		Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei					
	1969	1979 ¹	1969		1979 ¹		Veränderung in %	
	1000	1000	1000	%	1000	%	1979 gegen 1978	1979 gegen 1969 ²
Bundesrepublik								
Deutschland	25 871	25 017	2 395 ³	9,3	1 544 ³	6,2	-4,0	-4,3
Frankreich	20 062	21 100	2 975	14,8	1 867	8,8	-2,9	-4,6
Italien	19 007	20 287	4 204	22,1	3 012	14,8	-2,5	-3,3
Niederlande ⁴	4 525	4 847	339	7,5	279	5,8	-1,8	-2,1
Belgien	3 683	3 753	191	5,2	118	3,1	± 0	-4,7
Luxemburg	132	156	12	9,4	10	6,4		
Vereinigtes Königreich	24 472	24 711	816	3,3	632	2,6	-2,8	-2,5
Irland	1 058	1 049	298	28,2	220	21,0	-3,9	-3,0
Dänemark	2 282	2 501	276	12,1	208	8,3	-3,3	-2,8
EG	101 092	103 421	11 506	11,4	7 890	7,6	-2,9	-3,7

¹ vorläufig;

² jährlicher Durchschnitt nach Zinseszins;

³ die Zahl der Erwerbstätigen ist nicht identisch mit der Zahl der landwirtschaftlichen Vollarbeitskräfte;

⁴ Mann-Jahre.

Der Begriff Unterentwicklung, der die Ausgangsbasis regionaler Entwicklungsprogramme der EG darstellt (vgl. die Regionen Europas, 1981; Die regionalen Entwicklungsprogramme, 1979; Jahresberichte, 1975 ff.), misst sich insbesondere an Produktivität (Bruttoinlandprodukt/Erwerbstätige), Arbeitslosigkeit und Lebensstandard (Haushaltseinkommen pro Kopf der Bevölkerung bzw. Kaufkraftkapazitäten).

Die Gegenüberstellung mit der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft zeigt deutlich die Korrelation zwischen Unterentwicklung und agrarisch bestimmten Gebieten. Die Beihilfen des Regionalfonds für diese Gebiete waren logischerweise aufgrund dieser Bemessungsbasis vorrangig von Industrialisierungs- und Infrastrukturverbesserungsmassnahmen bestimmt, wobei die Verordnung einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Entwicklung von Industrie, Handwerk und Dienstleistungen fordert (Die regionalen Entwicklungsprogramme 1979, 7) (vgl. Abb. 4-6).

Die internationale Regionalplanung korrespondiert mit nationalen Trends die sich in der Bundesrepublik Deutschland wiederum auf die Regionalplanung der Länder auswirken. Die Einteilung der Bundesrepublik in sogenannte Planungsregionen geht von dem Ziel aus, "wertgleiche Lebensverhältnisse in allen Landesteilen verwirklichen zu können" (Landesentwicklungsbericht Hessen, 1980, 34).

Von den regionalen Planungsgemeinschaften verspricht man sich dabei die Konkretisierung der Zielvorstellungen und Massnahmen aus kleinräumlicher Sicht. Die Förderungsgebiete decken sich wiederum mit den Gebieten, die noch den höchsten Anteil an landwirtschaftlicher Nutzung zeigen (vgl. Abb. 7-9).

2. DIE "PLANUNGSREGION"

Zwar geht die Definition von Planungsregion von "räumlich zusammengehörenden Gebieten mit engen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen, die aufgrund der Gegebenheiten und der zu erwartenden Entwicklung einheitlicher Planung bedürfen" (Landesentwicklungsbericht Hessen 1980, 36) aus, aber der eigentliche Schwerpunkt liegt weniger auf der historisch entstandenen Verflechtung als auf der geplanten, wobei die Planinhalte den Trend zur wechselseitigen Stadt/Land – "Dienstleistung" und damit zu Zentralisierungserscheinungen deutlich machen: "Zentrale Orte; gewerbliche Entwicklungsschwerpunkte und Entlastungsorte; bestehende und geplante Siedlungs- und Gewerbeflächen; regionale Grünzüge; Vorranggebiete für oberflächennahe Lagerstätten, den Fremdenverkehr, die Landwirtschaft, die Erholung und die Wasserwirtschaft; überregionale Freizeit- und Erholungszentren..." (ebd. 36).

Im Gegensatz zur homogenen Region, die durch die grösstmögliche Anzahl an gemeinsamen Merkmalen bestimmt wird, werden Planungsregionen vorrangig als funktionale Regionen bestimmt (Handwörterbuch Raumforschung, 1970, Regionen), d.h. über ihre heterogene Struktur, die zur wechselseitigen Versorgung (Arbeits- und Bildungsangebote gegen Erholungsangebote!) dienen soll. Diese Be-

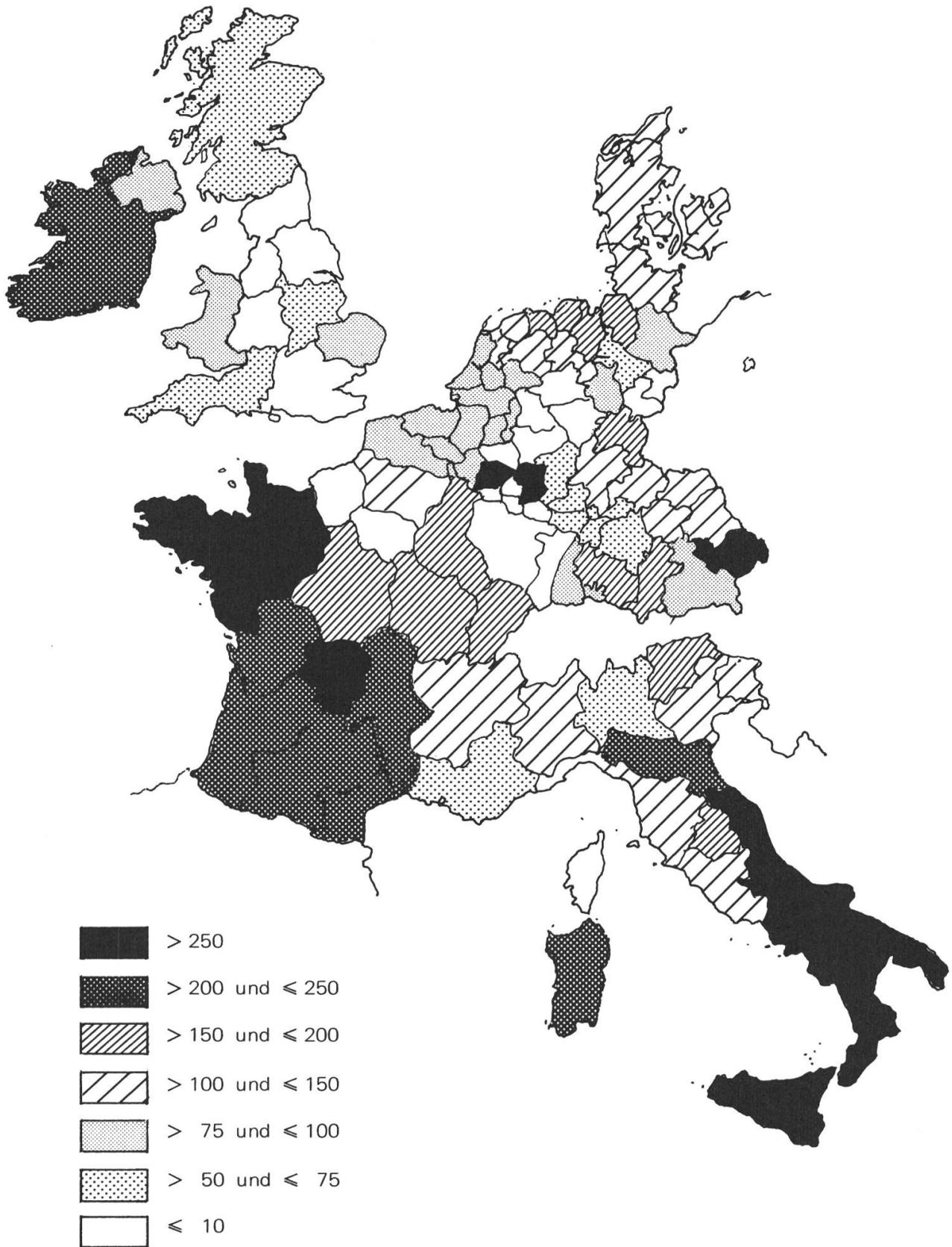
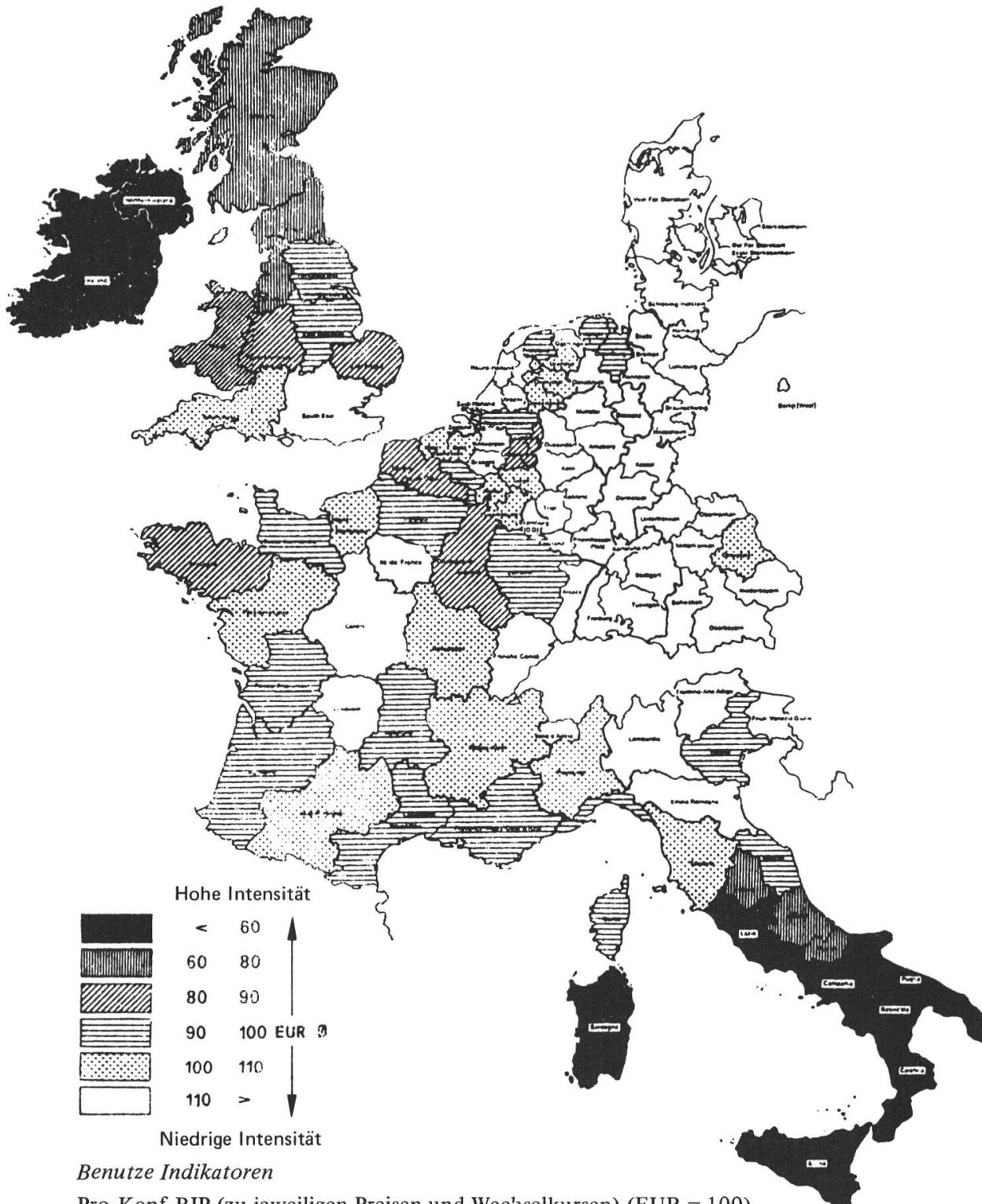


Abb. 4. Landwirtschaftliche Beschäftigung im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung (1977) (EG=100).



Benutze Indikatoren

Pro-Kopf-BIP (zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen) (EUR = 100)

Quote der Langzeitarbeitslosigkeit (6 Monate) (Arbeitsmarkterhebung) (EUR = 100)

Veränderung in Gesamt-BIP 1970-77 (EUR = 100)

Erwartete Zunahme der Bevölkerung in erwerbsfähigen Alter 1977-85 (EUR = 100)

Anmerkung: Für Grönland und die UD liegen keine Daten vor.

Abb. 5. Relative Intensität der Regionalprobleme in der Gemeinschaft, Zweite Methode. (Basis: Situation 1977 + Veränderungen).

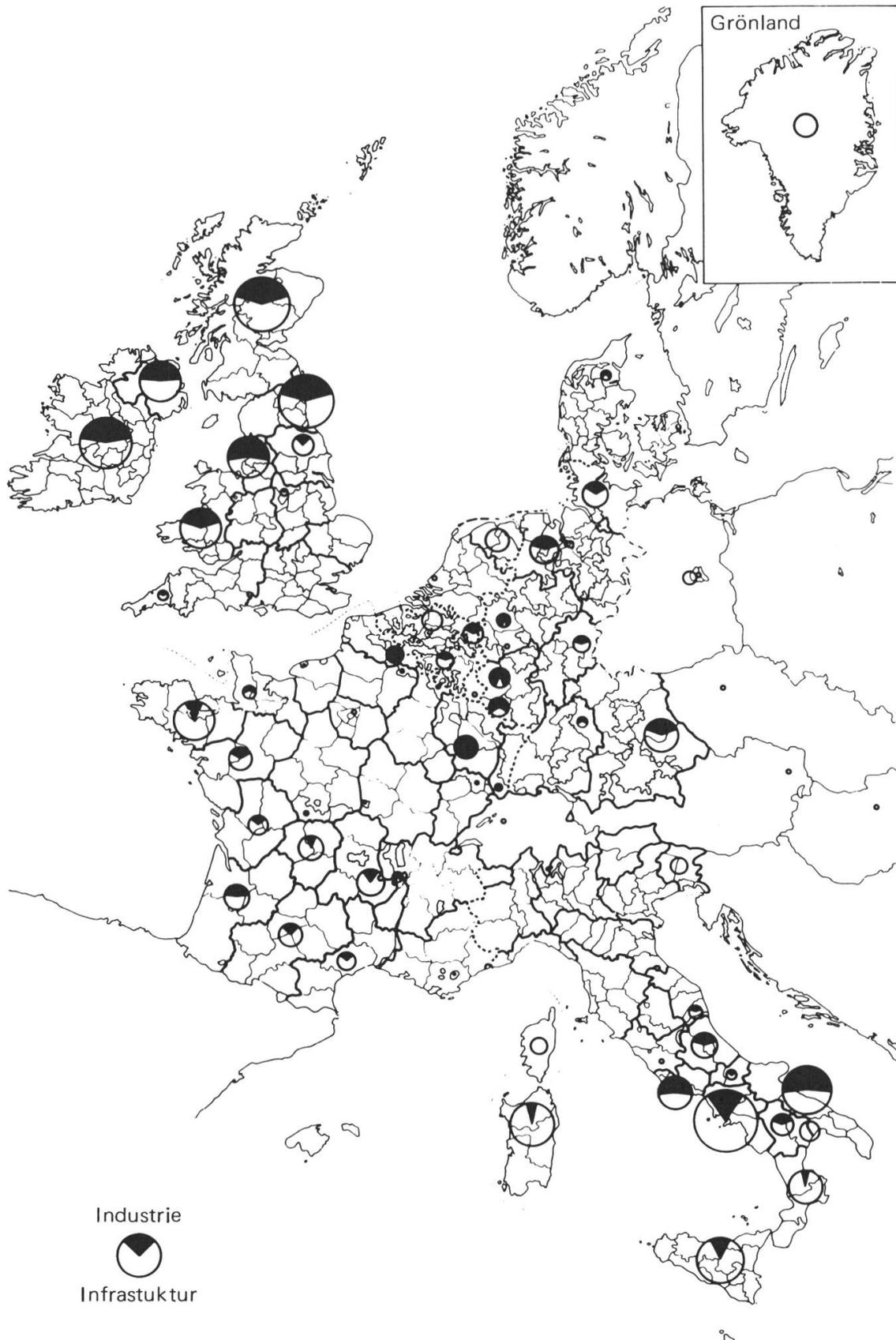


Abb. 6. Beihilfen des Regionalfonds, 1975-1978.

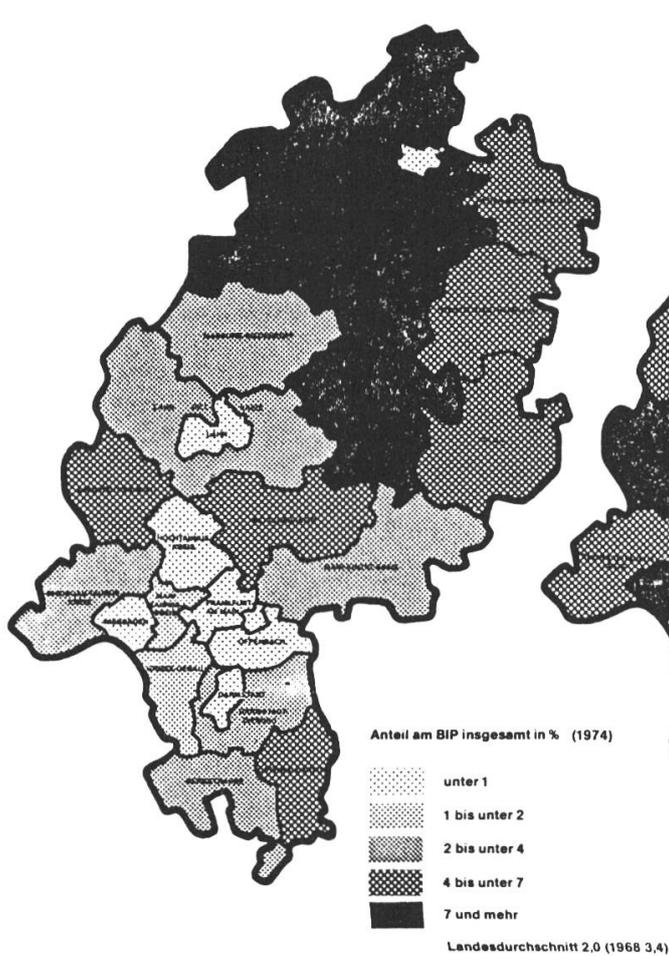


Abb. 7. Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in Hessen.

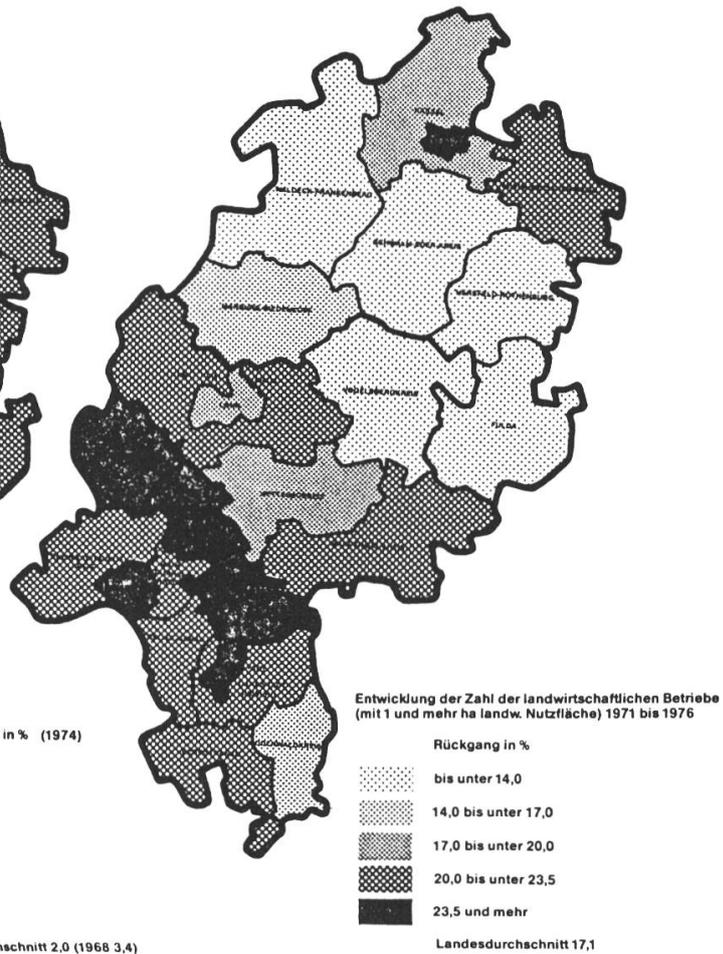


Abb. 8. Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe 1971 bis 1976 in Hessen.

tionung funktionaler Zusammenhänge wurde bereits 1963 in den "Forderungen zur Raumordnung" des deutschen Gemeindetags ausgesprochen: "Darin wird die Region als eine Raumordnungseinheit bezeichnet, die Gebiete unterschiedlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur so zusammenführe, dass in ihr die in der heutigen Gesellschaft bestehenden oder neu entstehenden Lebensbeziehungen in der Planung zusammengefasst und mit Hilfe der Verwaltung ausgeglichen werden könnten. Als raumbedeutsame Funktionen, die in der Region sollten wahrgenommen werden können, sind hervorgehoben Arbeit, Wohnung, Bildung, Erholung, Versorgung und Verkehr" (ebd. 2713 f.). Besondere Beachtung gewinnen im Planungsbereich die zentralen Orte (Christaller, 1933), die nach der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 8.2.1968 "Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche" in Nah-, Mittel- und Oberbereiche zur Deckung der Grundversorgung, des gehobenen und spezialisierten Bedarfs aufgeteilt wurden.

Unter diesem Planungsaspekt wird die Versorgungsabhängigkeit der ländlichen Gemeinde, und d.h. ihr Autonomieverlust, fortgeschrieben, was bis zum eingeplanten "Dornröschenschlaf", der in einem Behördengespräch über unseren Untersuchungsort (vgl. S. 187 ff.) artikuliert wurde, reicht. Zwar scheint diese

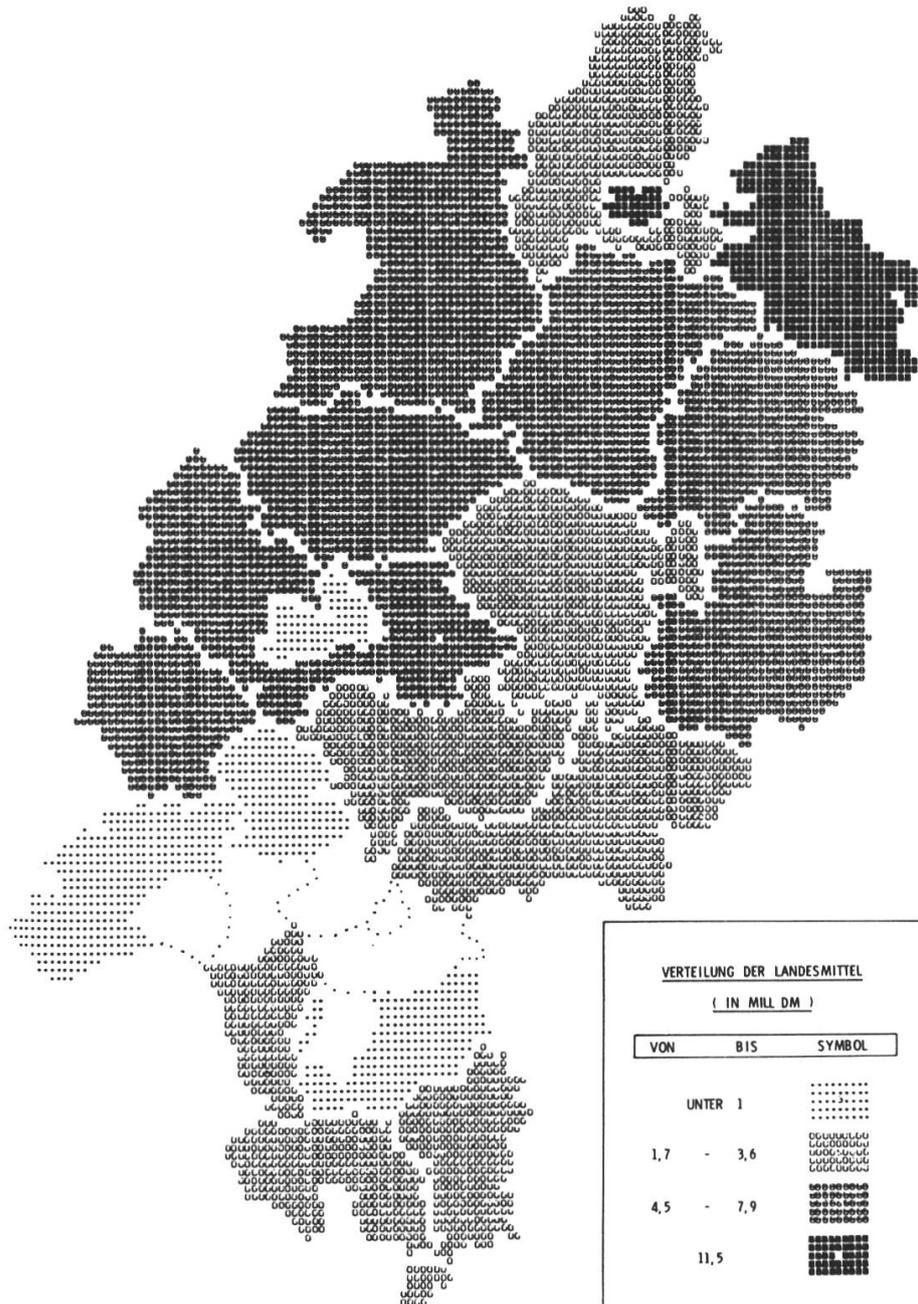


Abb. 9. Massnahmen der Wirtschaftsstrukturverbesserung. (Landesentwicklungsbericht Hessen 1970-1978).

Marginalisierung für die bisherigen ländlichen Regionen gerade durch die Schaffung funktionaler Regionen aufgehoben zu werden, aber: das Konzept stimmt eben nur, solange die homogene Region, als historisch, geographisch und soziokulturell zu bestimmende Einheit, nicht mehr beachtet wird und historisch zusammengewachsene Gebiete nach "Versorgungskriterien" getrennt und verschiedenen Zentralen zugeordnet werden, wobei das Land vorrangig für die Gestellung der natürlichen Ressourcen (Wasser, Boden, Bodenschätze, "Natur" als Erholungsfaktor) zuständig ist, die Stadt für die zivilisatorische Gegenleistung von Konsumangeboten und Dienstleistungen.

3. URSACHEN DER LANDFLUCHT

Der Begriff "Unterentwicklung" oder Marginalität signalisiert dabei zweierlei:

- 1) dass sie relativ zu einem ökonomischen Fortschritt steht, der in den Zentren stattfindet und
- 2) dass dieser ökonomische Reichtum auch mit einem kulturellen Reichtum verbunden sei.

Lars Gustafsson, der engagierte schwedische Kritiker, spricht von einem "industriellen Zentralismus, der die Provinz behandelt, als sei sie gar nicht da wo sie ist" (Gustafsson, 1976, Vorwort). Und der italienische Soziologe Pizzorno beschreibt diese Marginalisierung als Folge der Formierung kapitalistischer Gesellschaften. Sie "lässt bestimmte Populationen an ihren Rändern, die, obgleich sie irgendwie mit dem Rest des sozialen Systems in Beziehung bleiben, nicht mit dessen Fortschritt mithalten können". Er sieht darin den Zerfall von Gemeinde-Identitäten und lokalen Organisationen bedingt und folgert: "Die Identifikation mit dem neuen System kann nur von Individuum zu Individuum erfolgen, an einem Platz, wo ein neues Leben sinnvoll erscheint, und das sind die Plätze des historischen Fortschritts (Pizzorno, 1966, 65).

Dieses "Sinnvoll-Erscheinen" als Anpassung an neue gesellschaftliche Werte müssen wir bei dem Problem der sogenannten "Landflucht", d.h. der Entvölkerung der Provinzen und ihrer Dörfer, neben der tatsächlichen wirtschaftlichen Not-situation im Auge behalten. Zu diesen Werten gehörten vor allem: saubere Arbeit und der geregelte 8-Stunden Tag, bezahlter Urlaub, höhere Bildung, höherer Freizeit- und Warenangebotskonsum, bessere Dienstleistungen, grösserer Wohnkomfort und individuelle Freiheit des einzelnen und der Kleinfamilie gegenüber Ansprüchen von Nachbarschaft und erweiterter ländlicher Familien.

Die Entwicklung der Industriegesellschaft hat also die agrarisch bestimmte Lebenshaltung durch zweierlei Neuorientierungen erschüttert: Der technische Fortschritt hat über den Einsatz von Maschinen, chemischer Düngung, Schädlingsbekämpfung, neuen Viehzüchtungen, zentralen Weiterverarbeitungsanlagen der Produkte zu einer Rationalisierung der Landwirtschaft geführt, so dass immer weniger Landwirte immer mehr Verbraucher ernähren können. Das heisst aber auch, dass eine arbeitsintensive durch eine kapitalintensive Wirtschaftsweise abgelöst wurde, die sich besonders negativ auf die kleineren Betriebe auswirkte.

Das Schaubild "landwirtschaftlicher Anpassung" in der Bundesrepublik Deutschland für 1949-1971 (Abb. 10) zeigt deutlich den Betriebs- und Arbeitsplatzrückgang trotz der Steigerung des landwirtschaftlichen Gesamteinkommens.

Die zweite Neuorientierung zu einer städtisch orientierten Prestige- und Konsumgesellschaft zeigt sich im rapiden Anstieg der Kaufkraft für Konsum- und Freizeitgüter, wobei auch hier die ländliche Bevölkerung im Rückstand bleibt. Besonders deutlich wird dies in einem Bereich wie dem Tourismus, der nicht nur kaufkraftabhängig ist, sondern ebenso von einer urlaubsgeregelten Arbeitszeit (vgl. Abb. 11).

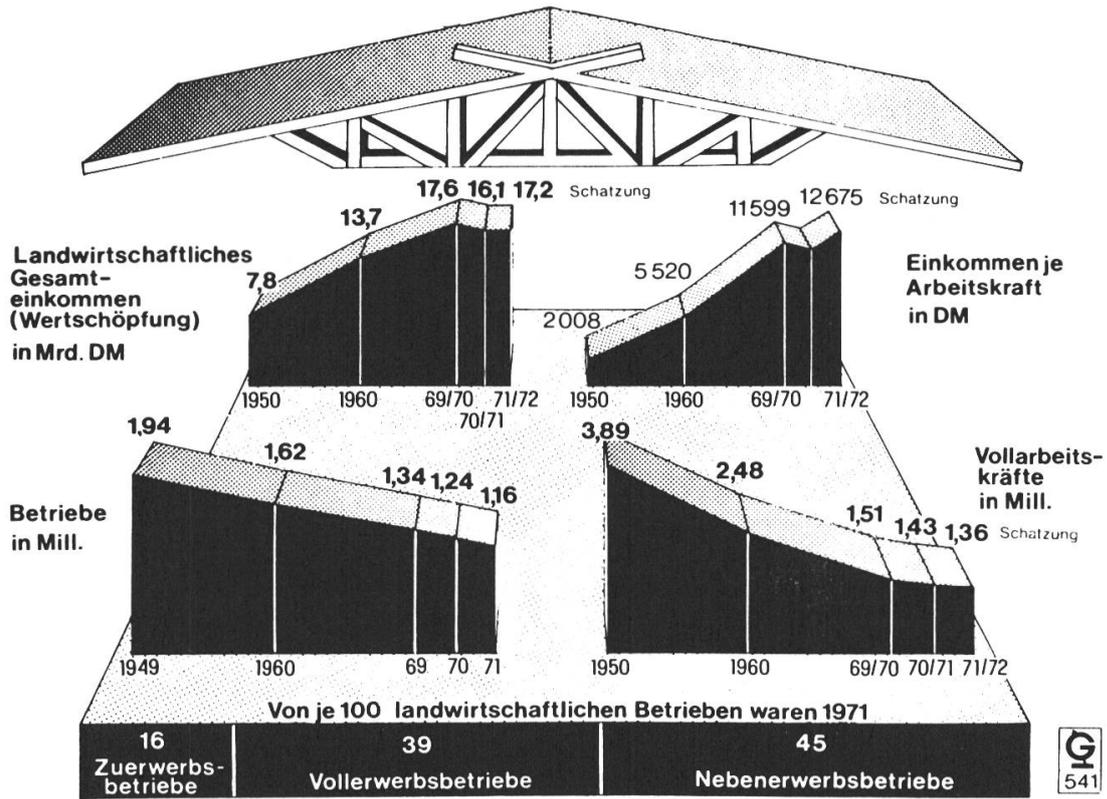


Abb. 10. Landwirtschaft: Anpassung geht weiter.

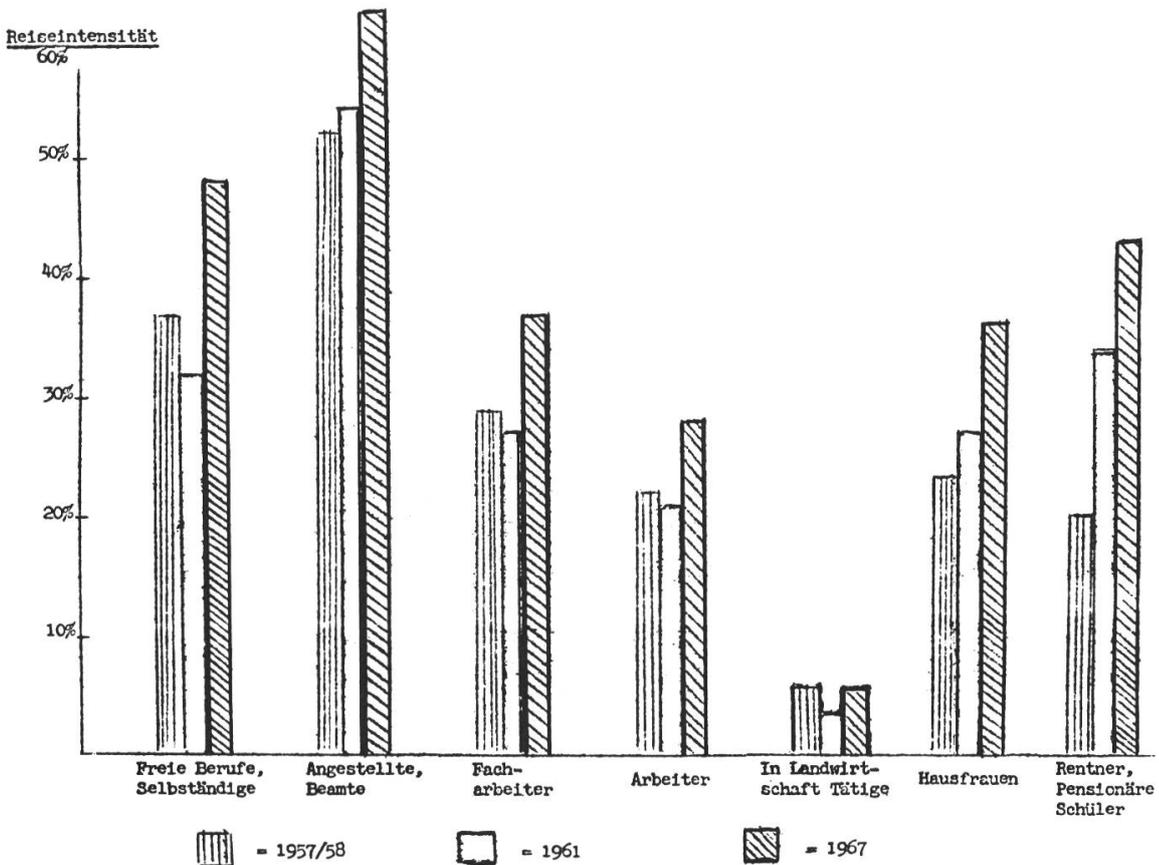


Abb. 11. Reiseintensität und Beruf.

Durch die beiden Faktoren – relative Verarmung und urbanes Konsumdefizit – setzte eine sich insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg steigende Abwanderung der ländlichen Bevölkerung, vorrangig der Jugendlichen, in die Zentren des Fortschritts ein.

4. ANALYSEN, PROGNOSEN, FORDERUNGEN

Die statistischen Prognosen der fortschreitenden Landflucht werden von wissenschaftlichen begleitet, S.H. Franklin gab seinem Buch "The European Peasantry" den bezeichnenden Untertitel "The Final Phase" (1969). Er sah das Charakteristikum und Problem der Landwirtschaft vor allem in ihrer familienkonzentrierten Arbeitsintensität und fordert die Entwicklung zu modernen, marktorientierten Unternehmen, in denen der Bauer zum Manager wird: "Als Manager wird er seine Unternehmungen am Ertrag im Vergleich zum investierten Kapital messen" (ebd. 225). Eine Folgerung und Forderung daraus ist eine "individualistischere Einstellung" zur Landwirtschaft, der frühere Rückzug der älteren Generation aus ihr und "eine Aufgabe der bäuerlichen Wohnung durch die Eltern für eine zweite Wohnung auf dem Hof, oder besser in der nahegelegenen Stadt" (ebd. 224). Während Franklin die Ursachen der Landflucht vor allem aus der wertüberholten Arbeitsintensität und Familienbetriebsorientierung der alten Landwirtschaft herleitet, sehen andere Autoren sie vorrangig im Mangel an infrastrukturellen Angeboten. Schwedt bezeichnet die ländlichen Gebiete als "Zonen verdünnten Lebens" (Schwedt, 1974, vgl. auch Schwedt, 1980).

Dieser Ausdruck signalisiert noch immer jene Nachkriegsideologie der Urbanität, für die Provinz "kulturelle" Zurückgebliebenheit ebenso bedeutet wie Engstirnigkeit und das Festhalten an überholten rigiden Verhaltensmustern (vgl. Amery, 1964, Ilien, 1977, Ilien & Jeggle, 1978): eine These, die in Adornos Forderung nach einer "Entbarbarisierung des Landes als wichtigstem Erziehungsziel" (Adorno, 1969, 91) gipfelt; oder eben in jenen funktionalistischen Entwicklungsmassnahmen infrastruktureller "Kulturversorgung", für die nicht nur der eingengegte Kulturbegriff, sondern auch (und abhängig davon) die Missachtung und Fehlinterpretation des Gehalts Kulturautonomie bezeichnend ist (vgl. Greverus, 1978, 56 ff., 169 ff.). Dass die ländliche Gemeinde bei dieser Entwicklung ihre Relevanz als Raum der Identifikation verliert, ist eine logische Konsequenz.

Ob diese Entwicklung zu einer regionalen Identität über die Regionalisierung der Institutionen und der Freizeit führt ("Institutionen, Infrastruktur und privates Verkehrsmittel sind die nötigen Voraussetzungen dafür"; Kruker, 1978, 77), wird zwar von einer schweizerischen Forschungsgruppe zum Problem "Regionale Identität" bejaht und entsprechende Regionalisierungsmassnahmen (und d.h. auch Zentralisierungsmassnahmen) werden befürwortet (Gyr, 1979, Niederer 1980), aber die Frage ist, ob durch die allmähliche Aufweichung der Gemeindeautonomie nicht jene bereits bei den Jugendlichen konstatierte politische Abstinenz zugunsten einer Versorgungsmentalität gegenüber Gütern des urbanen Bedarfs verstärkt wird, hin-

ter der dann bald nicht nur die Grenzen des zivilisatorischen Wachstums auftauchen, sondern auch die Unruhen von Menschen, die sich um die Schaffung ihres eigenen Identifikationsraums, wozu die erkennbare Abgrenzung ebenso gehört wie die kulturelle Selbstgestaltung und -darstellung, betrogen fühlen (vgl. Greverus, 1978, 266 ff.).

Auf die Vernachlässigung dieses Aspekts in der Regionalplanung verweisen insbesondere Schäfer und Lange in ihrer Kritik an den gängigen "Funktionsmodellen ländlicher Gemeinden". Sie plädieren für ein "ausserökonomisches Modell" (unter Einbezug seiner ökonomischen Grundlagen), "welches die ländliche Gemeinde als soziokulturelles System im Rahmen übergeordneter Verflechtungen darzustellen hätte" (1973, 97), und eine aktive Sanierung, die nicht zur langfristigen Auszehrung nichtzentraler Gemeinden, sondern unter Berücksichtigung der Bevölkerungswünsche (Ortsbewusstsein und Wohnortverbleib, vgl. Raumorientierungsbericht der Bundesregierung 1972, 56 ff.) zur Förderung von Funktionsüberlagerungen und -mischungen ihrer Einrichtungen führen sollte (ebd. 108).

5. ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN FÜR LÄNDLICHE GEMEINDEN

Der so different beurteilten, aber allseits sichtbaren Marginalisierung der ländlichen Gebiete folgte eine von verschiedenen Bewusstseinsphasen getragene Entwicklungspolitik. Die Stationen der mit unterschiedlicher Akzeleration in den einzelnen westeuropäischen Staaten ähnlich verlaufenden Entwicklung zur Revitalisierung der Provinzen und Dörfer möchte ich am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, und insbesondere des Bundeslandes Hessen, erklären.

Die erste, und eigentlich immer noch nicht abgeschlossene, von der öffentlichen Wirtschaftspolitik getragene Station war: Rentabilisierung und Modernisierung.

So hiess es in der Dokumentation der hessischen Landesregierung "Hessen heute" (um 1965) voller Stolz: "Um 1800 ernährten drei Bauern einen Städter, um 1900 schuf ein Bauer die Nahrung für drei Städter und heute deckt ein Landwirt den Tisch für 15 bis 20 Städter. In dieser Tatsache liegt das Geheimnis der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Der Aufstieg einer Industriegesellschaft, ihre Überwindung des Mangels und ihr Eintritt in die Wohlstandssphäre ist nur möglich auf der Basis einer gesunden leistungsfähigen Landwirtschaft. Die seit 1950 um 42% verminderten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Westdeutschland produzieren heute 47% mehr Nahrungsmittel. Daraus folgt, dass unsere Landwirtschaft modern und anpassungsfähig ist und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung wächst, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt. So leben heute nur noch 8,6% der hessischen Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft... Die deutsche Landwirtschaft war gezwungen, in wenigen Jahren von der arbeitsintensiven und kapitalintensiven zur kapitalintensiven und arbeitsextensiven Wirtschaftsweise überzugehen" (Hessen heute).

Zu den wichtigsten agrarpolitischen Massnahmen seit 1950 zählten:

- Mechanisierung der landwirtschaftlichen Betriebe
- Flurbereinigung
- Aussiedlerhöfe
- Althofsanierung
- Ausbau des landwirtschaftlichen Wegenetzes (feste Decken)
- Gewässerbegradigungen und Kanalisierung

Dazu kam das Programm “Soziale Aufrüstung des Dorfes”, das es sich zum Ziel gesetzt hatte, “das Leben auf dem Lande lebenswert” zu machen: “Auch das abgelegenste Bauerndorf soll nicht zum Armenhaus unserer Wohlstandsgesellschaft werden” hiess es in der Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten 1963 (ebd.).

Förderungsmassnahmen waren :

- Einrichtung von Dorfgemeinschaftshäusern und Mehrzweckhallen
- Sport- und Spielanlagen
- Kläranlagen
- Industrieansiedlungen
- Fremdenverkehr

Dieses Programm wurde durch den erstmals 1965 vorgelegten “Grossen Hessenplan” (1970) fortgesetzt, der für den ländlichen Bereich neben der Neubau- und Altbausanierungsförderung, den bereits genannten landwirtschaftlichen Strukturförderungen, insbesondere auch eine verkehrsmässige Angleichung der Provinz durch Strassenausbauten und eine Landschulreform durch die Errichtung von Mittelpunktschulen für jeweils mehrere Gemeinden vorsah.

Hier künden sich bereits die Zentralisierungserscheinungen an, die zur vorrangigen infrastrukturellen Förderung der sogenannten zentralen Orte führten und schliesslich zu jenem Programm der verwaltungsgemässen Gemeindezusammenlegung, bei der die Dörfer nicht nur ihre Namen, sondern auch endgültig ihre kommunale Autonomie verloren.

In seinem Vorwort “Landesentwicklung als gesellschaftspolitische Aufgabe” forderte der Hessische Ministerpräsident “Modernität und Chancengleichheit für alle Bürger” als zentrale Zielsetzungen des Landesentwicklungsplans, “um Bedingungen für eine Gesellschaft zu schaffen, in der sich die Bürger des Landes frei entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken können” (Grosser Hessenplan, 1970, V).

Die zentralen Orte wurden zum Schlüsselbegriff einer Förderung, die das für ineffizient gehaltene “Giesskannenprinzip” vermeiden wollte. Diese zentralen Orte wurden somit auch die grössten Nutzniesser des in einen sozial-, kultur-, wirtschafts- und verkehrspolitischen Bereich aufgeteilten Investitionsprogramms (vgl. Abb. 12).

Die Dorfentwicklung war 1970 als Projektgruppe dem wirtschaftspolitischen Bereich zugeordnet und im 16-Jahresplan mit dem niedrigsten Gesamtaufwand von 178 Millionen DM gegenüber z.B. 11407 Millionen für die Projektgruppe Strassen- und Nahverkehrsnetz ausgewiesen (ebd., 56 ff.). Inhalt der Dorfentwicklung war die bauliche Sanierung von Altgehöften, die Aufstockung landwirtschaftlicher Be-



Abb. 12. Die nach Höhe der Landesmittel 1970 bis 1985 grössten Projektgruppen (ohne Schuldendiensthilfen).

triebe und der umstrittene Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" (Tränkle & Narr, 1976). Deutlich wird bei dieser Landesentwicklungsplanung vor allem ein technokratisch eingegrenzt Ressortdenken, das jede von einer Region oder Gemeinde als interdependentem soziokulturellen System ausgehende Planung vereitelt. Dass dieses Ressortdenken darüber hinaus einen aufgeblähten bürokratischen Apparat nach sich gezogen hat, dessen Schwerfälligkeit sowohl durch umständliche Vermittlungswege als auch durch Prestigeprobleme und Arbeitsplatzverteidigungen der "Fachverständigen" bedingt ist, wird zum Problem jedes integrativen Planungsmodells (vgl. Meyer-Palmedo, 1981).

Die einseitig von Rationalisierung und Modernisierung getragenen Entwicklungsstrategien für den ländlichen Raum konnten die Zielvorstellung von "wertgleichen Lebensbedingungen" für die Landbevölkerung nicht verwirklichen, sondern haben vielmehr dazu beigetragen, dass die geplante Revitalisierung der Dörfer diese nur zur provinziellen Karikatur der Städte machte.

Hier nur einige Folgen dieser Revitalisierungsversuche, die im gesamten Westeuropa ähnliche Verlaufsstrukturen haben:

- Fortschreiten der Landflucht, insbesondere von den unrentablen Klein- und Mittelbetrieben
- Verödung der Kulturlandschaft und Ausbreitung einer das ökologische Gleichgewicht gefährdenden Brache

- Zerstörung der Regenerationsfähigkeit der Natur durch chemische und technische Ausbeutung und Regulierung
- Umweltverschmutzung durch Industrie und Verkehr
- Abhängigkeit der Pendler von industriellen Konjunkturkrisen
- Zerstörung der landschaftlichen und baulichen Spezifik
- Funktionslosigkeit alter Bausubstanz (von den Scheunen bis zu den Rathäusern, Schulen und Kirchen)
- Verlust der Gemeinwesensorientierung.

6. ERHALTUNGSSTRATEGIEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Dieser Verlustbilanz einer Revitalisierung der Dörfer stehen nun Gegenbewegungen gegenüber, die zunächst weniger in den Bereich wirtschaftspolitisch orientierter Fortschrittsplanung als vielmehr in denjenigen kulturpolitischer Identifikationsangebote bis apolitischer oder gegenpolitischer Bürgeraktivitäten gehörten. Zur landes- bis kommunalpolitischen Kulturarbeit gehört die historisierend-folkloristische Vergangenheitsschau ländlicher Eigenart als vom Alltag abgehobenes feiertägliches Angebot

- bei Festzügen (vom Hessentag bis zu Ortsjubiläen)
- in organisierten Freizeitaktivitäten
- in Heimatchroniken
- in musealer Darbietung.

Eine besonders umstrittene Erhaltung ländlicher Kultur ist die museale Konservierung der materiellen Kultur in Lokal- und Heimat-, sowie in Freilichtmuseen. Den Lokalmuseen, bei denen es sich zumeist um eine Ausstellung vergangener Trachten, Möbel und Geräte des lokalen Bereichs im Museum des Ortes handelt, wird vor allem die historisierend-idyllisierende Darbietung zum Vorwurf gemacht (vgl. Döring, 1977). Für die Freilichtmuseen (vgl. Zippelius, 1974), von denen es, wenn überhaupt, nur jeweils eins in einer grösseren Region gibt, wird dazu die Entleerung der Orte von ihrem historischen Baubestand kritisiert. Die europäischen Freilichtmuseen, deren Vorbild das 1891 in Stockholm gegründete Skansen ist, versuchen den Baubestand eines ganzen Landes zu dokumentieren und sind dabei auf die Dislozierung, und d.h. Abriss und Abtransport, alter Bausubstanz angewiesen. Dadurch kommen sie mit dem Denkmalschutz, der für die Erhaltung in situ argumentiert, wie mit Bürgerinitiativen in eine Kontroverse. Eine derartige Kontroverse spielt sich seit dem 1974 unter grossem politischen Renommiergehebe gegründeten, nunmehr zum Geltungsbereich des Finanzministeriums gehörenden Hessentag ab (Bimmer & Böth, 1976). Zur Zeit geht es um die Translozierung alter Dorfkirchen in das Freilichtmuseum. Diesem Vorhaben steht eine Bürgerinitiative "Förderkreis Alte Kirchen" entgegen, die für die Erhaltung der Kirchen als Identifikationsmerkmal des Dorfes plädiert (vgl. Bott, 1976) und intensive Öffentlichkeitsarbeit (von Pressenotizen, Gedichtveröffentlichungen, Bürgergesprächen bis zu Eingaben beim Kultusminister als oberster Denkmalschutzbehörde) leistet.

Mit diesem Beispiel sind Aktivitäten und Gruppen angesprochen, die verhältnismässig jungen Datums sind und, trotz grosser Unterschiede, alle auf die Wiedergewinnung der Totalität einer einstigen Lebensqualität Dorf zielen :

- auf den ländlichen Raum konzentrierte Bürgerinitiativen
- eine umorientierte staatliche Dorferneuerung und Denkmalpflege
- die private Stadtflucht zum Haus auf dem Lande
- die zivilisationskritische und -flüchtige Landkommunenbewegung.

Diese Gegenbewegungen zur Landflucht kommen zunächst alle aus den sogenannten Zentren des Fortschritts, aus der Stadt. Die hier hervorgehobenen ländlichen Qualitäten gehen nicht von einer Angleichung des Landes an die urbane Fortschritts- und Konsumsphäre aus, sondern von dazu konträren, von Gegenqualitäten.

Am deutlichsten wird dies aus der Zivilisationskritik der Landkommunen, deren Zielvorstellungen, trotz aller Verschiedenheit der Bewegungen, in folgenden gemeinsamen Charakteristika deutlich werden :

- verhältnismässige Autarkie durch Subsistenzwirtschaft mit geringem erwerbswirtschaftlichem Einschlag
- arbeitsintensive statt kapitalintensive Wirtschaftsweise
- Reduzierung der Konsumansprüche einer Wohlstandsgesellschaft
- Abbau der Naturausbeutung und Umweltgefährdung durch den Einsatz sogenannter sanfter Technologien und Recycling
- Überwindung der Arbeitsteilung
- Abbau der Kleinfamilie als ökonomische und soziale Kerneinheit zugunsten einer erweiterten sozioökonomischen Gruppe (gemeinsames Eigentum, gemeinsames Wohnen und gemeinsame Lebensführung)
- Nutzung der natürlichen landschaftsgebundenen Ressourcen und des alten Baubestandes für neues Wohnen.

Diese Landbewegungen, die heute von anthroposophisch orientierten Zentren über nach neuesten ökologischen Erkenntnissen arbeitende Gruppierungen von Fachleuten bis zu spiritualistischen, gegenökonomisch-politischen, sozialpflegerischen oder auch nur privatistisch-zivilisationsmüden jugendlichen Subkulturen reichen (vgl. Glätzer, 1978; Jarchow-Klugmann, 1980; Notizen Nr. 13, 1982), haben eine lange historische Tradition. Diese Tradition geht einerseits auf politische und literarische Gesellschaftsutopien zurück, zum anderen auf jene realisierten Utopien der historischen Siedlungen Amerikas und Europas.

Während die Landkommunenbewegung das Land in seiner Totalität als Gegenort der Zivilisation annehmen will, sind die stärker privatistisch orientierten Stadtflucht-Bewegungen weniger anspruchsvoll. Hier geht es im allgemeinen weder um eine Infragestellung von kapitalistischer Wirtschaftsform, weder um ökonomische Autarkie und andere Probleme des Ausstiegs aus unserer Erwerbs- und Konsumgesellschaft, auch nicht um Aufhebung von Privateigentum und Kleinfamilie oder eine Rückkehr in den primären Arbeits- und Wirtschaftsbereich, sondern nur um die privatistische Nutzung spezifischer ländlicher Qualitäten : insbesondere Na-

tur als Regenerationselement. Das war in der ländlichen Einfamilienhausbewegung, neben den ökonomischen Gründen – billige Grundstückswerte – der einzige Grund. Durch diese Bewegung wurde nicht nur das ländliche Ortsbild zerstört, sondern auch eine, zusätzlich neben den Medien wirksame, urbane Konsumhaltung über primäre, sichtbare Kontakte vermittelt: vom Auto bis zu Swimmingpool und Hollywoodschaukel im Garten. Die soziokulturelle Situation wurde kaum verbessert, da die familiären Aktivitäten (vom Schulbesuch über den Beruf bis Freizeitaktivitäten) ausserhalb des Wohnorts Dorf lagen, wobei häufig die nicht-berufstätigen Ehefrauen im Ort zurückblieben und gar keine Kontakte mehr hatten. Die sogenannten “grüne-Witwen-Witze” sind ein Ausfluss dieser Bewegung aufs Land. Ihr folgte eine zweite Welle privatistischer Stadtflucht, die allerdings auf einer anderen Bewusstseinssebene ablief. Dieser Städter, obgleich hinsichtlich der Beibehaltung ihrer Werte einer kleinfamiliär und urban orientierten kapitalistischen Leistungs- und Konsumgesellschaft der ersten Welle vergleichbar, trugen doch stärker zur Revitalisierung der Dörfer bei. Sie erkannten, über die bessere Luft und die billigeren Bodenpreise hinaus, noch eine weitere Qualität des Dorfes: die Qualität des ländlichen Wohnens unter ästhetischen, interaktions- und kreativitätsfördernden Aspekten. Sie zogen in die alten leerstehenden Bauernhöfe, Schulen und Mühlen ein und bauten sie um. Hatte die erste Welle der Stadtflucht also nur über die Steuereinnahmen der Gemeinden einen gewissen Revitalisierungseffekt, so hielt die zweite Gruppe der Stadtflüchtigen nicht nur den fortschreitenden Verfall ländlicher Bausubstanz auf, sondern hatte auch eine Stimulusfunktion für die Restaurationsinitiativen der einheimischen Bevölkerung. Durch das Wohnen im Ortskern kamen gleichzeitig Interaktionen zwischen sozial sehr inhomogenen Schichten zustande, die dazu beitragen könnten, die wertbesetzte Dichotomie Landbewohner-Städter zu überwinden.

Die letztere Gruppe steht auch in einem engeren Zusammenhang (und oft in Personalunion) mit jenen von der Stadt ausgehenden Bürgerinitiativen, die sich für die Erhaltung der ortsbildprägenden Bausubstanz einsetzen, und dem dahingehend orientierten staatlichen Denkmalschutz. Der Denkmalschutz in Europa war zunächst eine auf das kunsthistorisch wertvolle Einzelobjekt orientierte Angelegenheit, die erst in unserem Jahrhundert, mit besonderem Engagement seit dem Denkmalschutzjahr 1975, auf den Ensembleschutz ausgedehnt wurde (vgl. Greverus, 1976). Auch dieser war zunächst auf den städtischen Raum konzentriert, und die Wiederentdeckung der Dörfer als denkmalwürdige Bestandteile unserer historisch gewordenen Lebenswelt ist erst allerjüngsten Datums. Inzwischen ist durch die eingangs beschriebenen Entwicklungen von Rückgang der Landwirtschaft, Landflucht und versuchter Angleichung der Dörfer an urbane Standards eine solche Verlustbilanz aufzuweisen, dass die Denkmalpflege hier einen besonders schweren Stand hat (vgl. Klotz; Günter & Kiesow, 1975). Ausserdem ist zu fragen, inwieweit die blosser Restauration alten Baubestands ohne neue Funktionszuweisung zu einer Revitalisierung unserer Dörfer beitragen könnte.

7. DIE DORFERNEUERUNG

Einen Verbündeten hat der Denkmalschutz durch das 1977 im Rahmen eines Investitionsprogramms des Bundes und der Länder zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge begründete Dorferneuerungsprogramm bekommen. Die Bilanz aus diesem bis 1980 befristeten Programm schwankt zwischen Euphorie und Skepsis (vgl. Städtebauliche Probleme, 1978; Dorferneuerung, 1979; Planung im ländlichen Raum, 1981; Bodenschatz & Geisenhof, 1980). Wichtig erscheint allerdings, über die erzielten Teilerfolge hinaus, die Initialfunktion des Programms, das Arbeitsgruppen und Tagungen anregte (vgl. ebd; Meyer-Palmedo, 1980), die Forderung nach Dorferneuerung als Langzeitaufgabe weckte (vgl. Abb, 1981, 24 ff.) und z.B. dem bereits seit 1974 in Hessen bestehende Dorfentwicklungsprogramm eine neue Wende zu einer ganzheitlicheren und den Eigencharakter der Dörfer stärker berücksichtigenden Perspektive gab (Richtlinien zur Förderung der Dorfentwicklung, 1981).

Die Förderung der Dorferneuerung steht im Programmbereich "Verbesserung der Wohnwelt". Voraussetzung dafür ist die wesentliche Prägung der zu fördernden Gemeinden und Ortsteile durch Land- und Forstwirtschaft und die Erstellung eines umfassenden Dorferneuerungsplans. Die förderungsfähigen Vorhaben sind neben Neubau- und Modernisierungsmassnahmen für landwirtschaftliche Gebäude vor allem Massnahmen zu Ausbau und Gestaltung des innerörtlichen Verkehrsbereichs, der Gestaltung von Freiräumen und insbesondere der Erhaltung und Gestaltung der Bausubstanz und kleinerer Details der gebauten Umwelt (Zäune, Brunnen, Torbögen, Bildstöcke usw.) mit ortsbildprägendem Charakter. In einem Empfehlungsschreiben hat der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt die zu beachtenden Material- und Gestaltungskriterien für die Restaurierung präzisiert.

Die Empfehlungen beginnen mit einem allgemeinen Hinweis, der die erhaltende Tendenz deutlich zum Ausdruck bringt: "Im Städtebau und besonders im Dorf haben Einzelinteressen hinter den Bedürfnissen der Allgemeinheit zurückzutreten. Das Einzelgebäude sollte sich im Gesamtbild des Dorfes einfügen. Ortsfremdes Material und schlechte Baugestaltung führen leicht zur Zerstörung der Gebäudestruktur, wodurch ganze Strassenzüge ihre geschlossene und reizvolle Raumwirkung verlieren können. Mit der Restaurierung von Fachwerkhäusern, der Sanierung bedeutender Einzelobjekte, der Erhaltung ortsbildprägender Bausubstanz und der Vermeidung von Gebäudeabbrüchen verbleiben dem Dorf charakteristische und unwiederbringliche Merkmale" (Empfehlungen ortsbildprägende Gebäude 1978).

Das Dorferneuerungsprogramm ist also weniger eine Nachfolge des Modernisierungsprogramms als vielmehr des zunächst städtisch orientierten Denkmalschutzes. Die "Erneuerung" zielt nicht auf Abrissanierung, sondern auf die Erhaltung der "Individualität" gebauter Umwelten als Identitätsfaktor für die sie bewohnenden Menschen.

Die Dorferneuerung musste unter diesem Aspekt zunächst einmal von den technologischen Modernisierungsinstanzen in die Hände der Erhaltungsinstanzen überführt werden. Dabei gewannen oft der Denkmalkultus bzw. jene "Sehnsucht

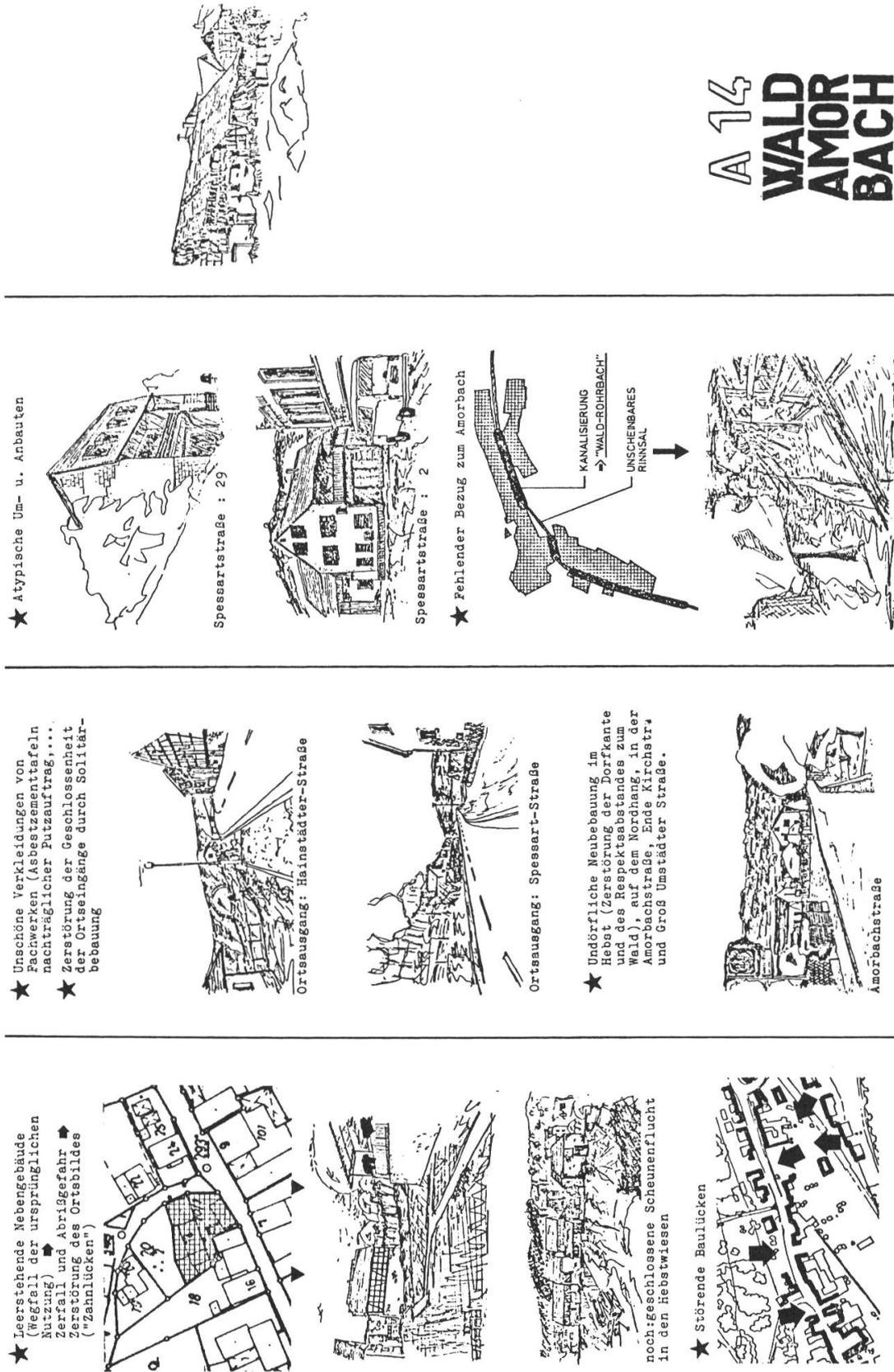
nach den alten Tagen”, die der Denkmalpfleger Bentmann für den Denkmalschutz geisselt (Bentmann, 1976), Überhang: die Restaurierung eines kultur- bzw. kunsthistorisch wertvollen Gebäudes und, um dem Funktionsanspruch gerecht zu werden, seine Überführung in ein Heimatmuseum. Aber: wird durch die Erhaltung historischer Gebäude, die Präsentation von Objekten der Heimatgeschichte historische Kontinuität erhalten? Entstehen so Umgebungen, die Identität und Sicherheit gegen einen abrupten sozialen Wandel bieten?

Im Bewusstsein dieses Problems haben sich in einer hessischen Modellanalyse (Greverus; Kiesow & Reuter, 1982; Städtebauliche Probleme, 1978, 129 ff.) als Grundlage für die Dorferneuerung Denkmalpfleger, Architekten und Kulturanthropologen zusammengeschlossen und die Unterstützung durch das zuständige Ministerium für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten erfahren. Die Untersuchung einschliesslich der Vorbereitungs- und Auswertungsphase, an der zahlreiche Studierende beteiligt waren, umfasste einen Zeitraum von drei Jahren, wobei die Rückkoppelung der jeweils gewonnenen Ergebnisse zu den Bürgern, Behörden und Planern als eine wesentliche Aufgabe angesehen wurde. Das Ziel der Kulturanthropologen war neben den üblichen demographischen und infrastrukturellen Erhebungen vor allem die Analyse des Identifikationspotentials der untersuchten Orte und der Identifikationsbereitschaft ihrer Bevölkerung. Unser Ausgangsproblem war, dass der soziale Wandel in unserer Gesellschaft auch diese Dörfer weitgehend erfasst hatte, dass sie von Funktionsverlusten im Rahmen der ökonomischen und strukturpolitischen Veränderungen (vom Rückgang der Landwirtschaft bis zur Gemeindezusammenlegung) ebenso betroffen waren, wie von den Bewegungen der Landflucht und der Stadtflucht, die ihre soziale und bauliche Homogenität ebenso zerstörten, wie die über die primären Kontakte der städtischen Pendler und die sekundären Kontakte der Medien eingebrachten Raumbedürfnisse.

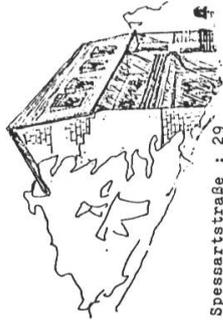
8. DAS DORF

Eines dieser Dörfer, 1971 zu einem Stadtteil im Rahmen der Gemeindezusammenlegung avanciert, über das ich hier berichten möchte, entspricht nahezu idealtypisch dem aufgrund der aufgeführten Gegentendenzen in seiner Populationsentwicklung stabil (mit leicht ansteigender Tendenz) erhaltenen, aber als autonomes Ökosystem zerstörten Dorf (vgl. Abb. 13).

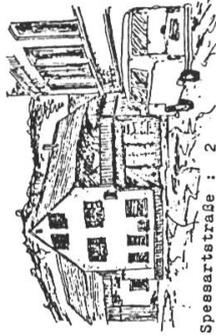
Die Bevölkerungszahl des im Odenwald gelegenen Dorfes bewegte sich von 1834 bis in die 40er Jahre um 300. 1946 war ein Anstieg um 43,1% gegenüber der Bemessungszahl 1939 auf 418 Einwohner zu verzeichnen. Diesem durch die Flüchtlingseinweisungen bedingten Anstieg folgte bis zum Anfang der 60er Jahre ein gewisser Bevölkerungsschwund mit einem deutlichen kontinuierlichen Anstieg seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre, so dass zum Untersuchungszeitraum eine Population von 446 vorhanden war. Dieser Anstieg ist wesentlich durch Zuzüge bedingt: Die Zuzugsgründe waren neben beruflichen und Wohnraumgründen (wie günstige Woh-



★ Atypische Um- u. Anbauten

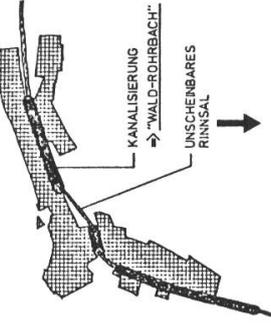


Spessartstraße : 29

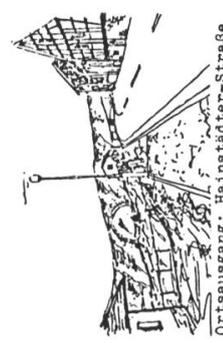


Spessartstraße : 2

★ Fehlender Bezug zum Amorbach



★ Unsichere Verkleidungen von Fachwerken (Asbestzementtafeln nachträglicher Putzauftrag, ...)



Ortsausgang: Hainstädter-Straße



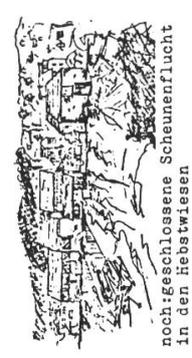
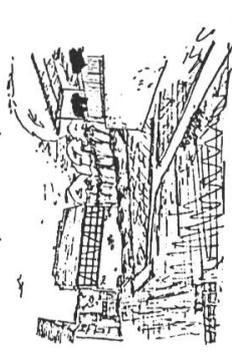
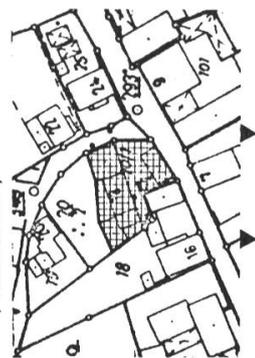
Ortsausgang: Spessart-Straße

★ Undürftliche Neubebauung im Hebst (Zerstörung der Dorfkannte und des Respektsabstandes zum Wald), auf dem Nordhang, in der Amorbachstraße, Ende Kirchstr. und Groß Umstädter Straße.



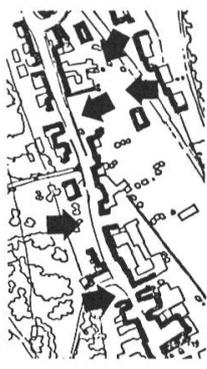
Amorbachstraße

★ Leerstehende Nebengebäude (Wesfall der ursprünglichen Nutzung) → Zerfall und Abrißgefahr → Zerstörung des Ortsbildes ("Zahnflücken")



noch-geschlossene Scheunenflucht in den Hebstwiesen

★ Störende Baulücken



A 14 WALD AMORBACH

Abb. 13. Wald-Amorbach

nung, geerbter Bauplatz) vor allem Einheirat und Erholungswerte. Der Erholungswert hat sich hinsichtlich der Bausubstanz vor allem in dem Neubauviertel des Dorfes niedergeschlagen: von den 135 Wohnhäusern des Ortes (einschliesslich Ferienhäusern) wurden 52 nach 1965 gebaut, von denen 30 auf ein neues Siedlungsgebiet mit Blick über das Dorf entfallen. Diese Neusiedler sind vor allem Zweiwohnsitzinhaber, die ihre Freizeit in dem Dorf verbringen, Pensionäre mit Alterswohnsitz oder Pendler, zumeist aus gehobenen Berufen, in die umliegenden Städte. Pendler sind auch die meisten übrigen Bewohner des Ortes (insgesamt 74%). Der Anteil der Industrieangestellten und -arbeiter unter der erwerbstätigen Bevölkerung über 14 Jahre (nach Abzug der nichterwerbstätigen Hausfrauen, der Rentner und Pensionäre, der im Wehrdienst und in Ausbildung befindlichen, der Arbeitslosen und der Nichterfassten) beträgt knapp 45%. Ihr Wohnsitzverbleib in dem Dorf wurde durch die Industrieansiedlungen in den übrigen Stadtteilen der Gesamtgemeinde ermöglicht. In diesen Stadtteilen befinden sich auch die wesentlichen Dienstleistungs- und Freizeiteinrichtungen. Auch das Fremdenverkehrsangebot konzentriert sich dort, obgleich unser Dorf in der Werbebroschüre der Stadt als besonders "idyllisch" gepriesen wird.

Neuansiedlung von Städtern am Dorfrand, Funktionsverlust des Altbaubestandes durch Rückgang der Landwirtschaft (die landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe sind von 1960: 36 auf 1977: 2 gesunken), städtischem Vorbild angepasste Neubauten der zu Arbeitern gewordenen Einheimischen, Verlegung der öffentlichen Einrichtungen (Gemeindeverwaltung, Schule, auch wesentliche kirchliche Funktionen) in die Zentrale, in der auch die besseren und umfangreicheren Einkaufs- und Dienstleistungsangebote für die Pendler sind, haben für diesen Ort insbesondere zu einem Funktionsverlust im Ortskern geführt, der den sich bereits anzeigenden Verfall des bisher noch prägenden Ortsbildes nach sich ziehen muss. Die Überalterung der noch im Ortskern wohnenden Bevölkerung, die ohne Nachwuchs oder mit "landflüchtigem" Nachwuchs keine Investitionen mehr machen will, tut ein übriges dazu (vgl. Abb. 14).

Das Dorf als "ökologische Nische" (Greverus 1979) im Sinne eines zu erhaltenden, multifunktionalen und eigenbedeutsamen Lebensraum war tendenziell in den sich im äusseren Erscheinungsbild des Ortes niederschlagenden Bestrebungen der Bevölkerung kaum zu erkennen.

Die wenigen vorhandenen Alternativen wurden zunächst eher skeptisch bis ablehnend betrachtet: so eine aus der Stadt gekommene Wohngemeinschaft von Jugendlichen, die, vorrangig in Sozialberufen oder handwerklich tätig oder in Ausbildung, sich ein altes Bauernhaus gekauft hatten, es selbst renovierten und dort sowohl Treffmöglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen des Dorfes ermöglichen wollen als auch Sozialwaisen aufnehmen.

9. ORTS- UND WOHNZUFRIEDENHEIT

Um in dieser als Modell für die Planung ausgewiesenen Siedlung eine Bürgerpartizipation (die nicht nur kommunale und private Investitionen meint, sondern



Abb. 14.

auch Planungsmitsprache und weiterführende anhaltende Raumaktivitäten) zu erreichen, erschien uns zunächst eine Analyse der Orts- und Wohnzufriedenheit wichtig.

Wir führten diese Analyse mit Hilfe einer Befragung, einer Skalierung und eines Kärtchenspiels zu erwünschten Massnahmen durch, die aus dem von der Verfasserin konzipierten Raumorientierungsmodell (Greverus, 1979) entwickelt wurden. Dieses Modell umfasst vier Kategorien als menschliche Lebensbedürfnisse an den Raum:

- die instrumentale
- die politisch-strategische und kontrollierende
- die soziokulturelle
- die symbolische Raumorientierung.

Die instrumentale Raumorientierung bezieht sich auf die Ressourcen für die materielle Existenzsicherung, ihre Erschliessung und ihre Nutzungsmöglichkeiten für den einzelnen. Die kontrollierende Raumorientierung bezieht sich sowohl auf die formelle als auch informelle Kontrolle und Mitbestimmung, die die Bewohner im öffentlichen und privaten Bereich der Raumnutzung und -gestaltung besitzen. Die soziokulturelle Raumorientierung erwächst aus der für die Entfaltung der Persönlichkeit wichtigen sozialen und kulturellen Aktivitäts- und Regenerationsvalenz des Raums. Die symbolische Raumorientierung schliesslich bezieht sich sowohl auf ästhetische Präferenzen als auch auf die spezifischen Traditions-, Image- und Erinnerungswerte, die mit den Räumen und Raumdetails verbunden sind.

Aus dem "Bildertest", der sowohl hinsichtlich des Siedlungstypus als auch des Haustypus allgemeine Wohnraumpräferenzen im Vergleich zum tatsächlichen Wohnbereich ermitteln wollte, und aus offenen Fragen zu positiv und negativ einzuordnenden örtlichen Phänomenen, ergab sich eine hohe Identifikation mit dem Dorf über die soziokulturellen, regenerativen und ästhetischen Qualitäten, während der instrumentale und kontrollierende Bereich eher negativ beurteilt wurden. Das aus der Skalierung gewonnene Profil kann dies verdeutlichen (Abb. 15 & 16).

Da die Modellanalyse gleichzeitig Planungsgrundlagen erbringen sollte, waren uns die Dorferneuerungswünsche der Bevölkerung von besonderer Wichtigkeit, die durch ein Kärtchenspiel erfasst wurden. Das Schaubild (Abb. 17) zeigt den Rangwert, den die einzelnen vorgegebenen Massnahmen erreichten.

Durch die Ausordnung unerwünschter und unwichtiger Massnahmen entfielen sehr unterschiedliche Stimmzahlen auf die einzelnen Massnahmen, so dass die "Wichtigkeit" nicht nur aus der Präferenzordnung hervorgeht. So ordneten z.B. 259 Personen in Wald-Amorbach den Strassenausbau als wünschenswerte Massnahme ein, aber nur 107 die Förderung der Landwirtschaft. Hier zeigte sich besonders deutlich die Heterogenität der gegenwärtigen sozialen Struktur des Dorfes und damit der Wünsche und Vorstellungen seiner Bevölkerung an ihren Lebensraum. Die vorrangigen Wünsche werden durch die Mehrheitsverhältnisse bestimmt. In einem "Dorf" wie Wald-Amorbach, in dem den zwei letzten Vollerwerbsbauern über 100 Berufspendler gegenüberstehen, kann die Förderung der Landwirtschaft als Bürgerwunsch keine Vorrangstellung mehr einnehmen.

Vorrangig werden vor allem jene Defizite, die alle Bürger betreffen. Das ist z.B. bei der unzulänglichen Verkehrssituation der Fall, sowohl was den innerörtlichen Ausbau als auch die Verkehrsanbindung anbetrifft. Hier zeigen sich auch kaum Unterschiede in der Präferenzordnung zwischen Alt- und Neubaubewohnern, Einheimischen und Zugezogenen oder alters- und schichtenspezifischen Gruppen. Wie Verkehrserschliessung und Landwirtschaftsförderung gehört auch die Fremdenverkehrsansiedlung in den Bereich der instrumentalen Raumorientierung. Allerdings trifft sie nicht nur die Nutzniesser, sondern auch die Nichtbeteiligten. Der grosse Teil der Ausordnungen in Wald-Amorbach lässt auf ein "nicht erwünscht" schliessen. Die besonders auffällige Streuung der Präferenzen, sofern überhaupt eine Einordnung vorgenommen wurde, zeigt zwischen Platz 1-17 die Unterschiede der Interessen an der Ressourcenschliessung eines Raums mit einer ausserordentlich diffe-

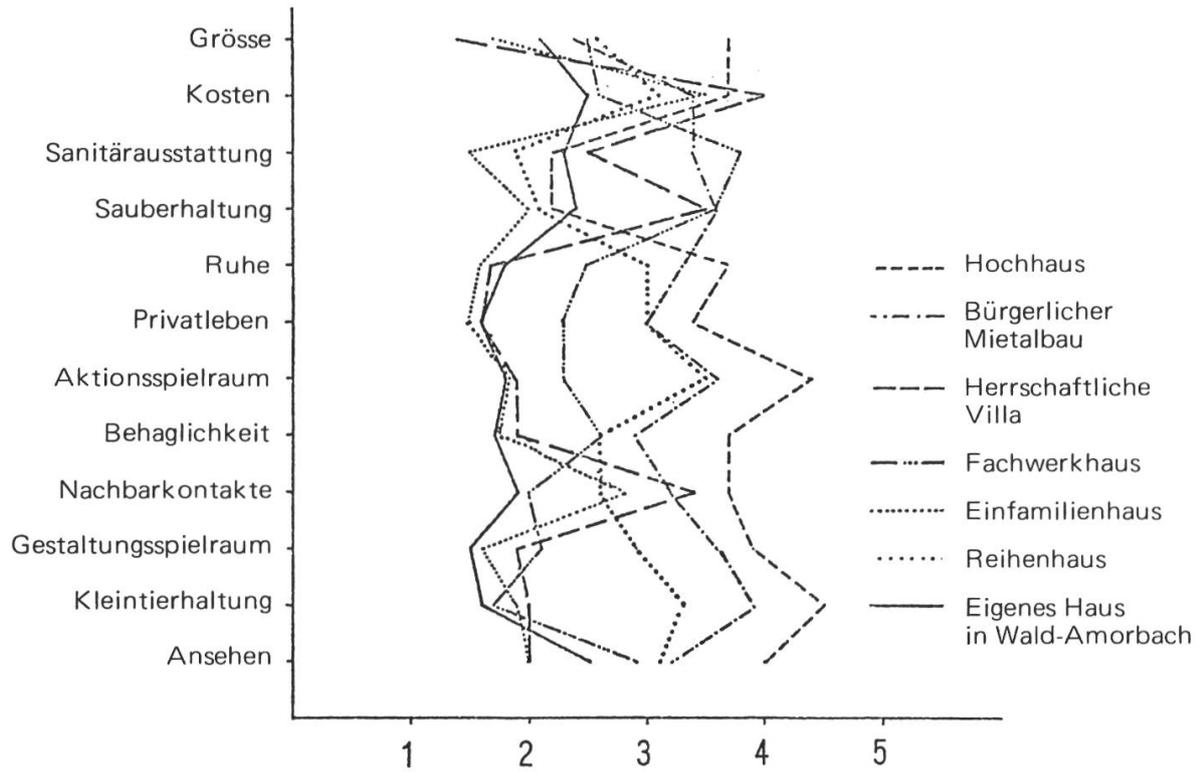


Abb. 15. Wald-Amorbach : Bewertungsvergleich verschiedener Haustypen.

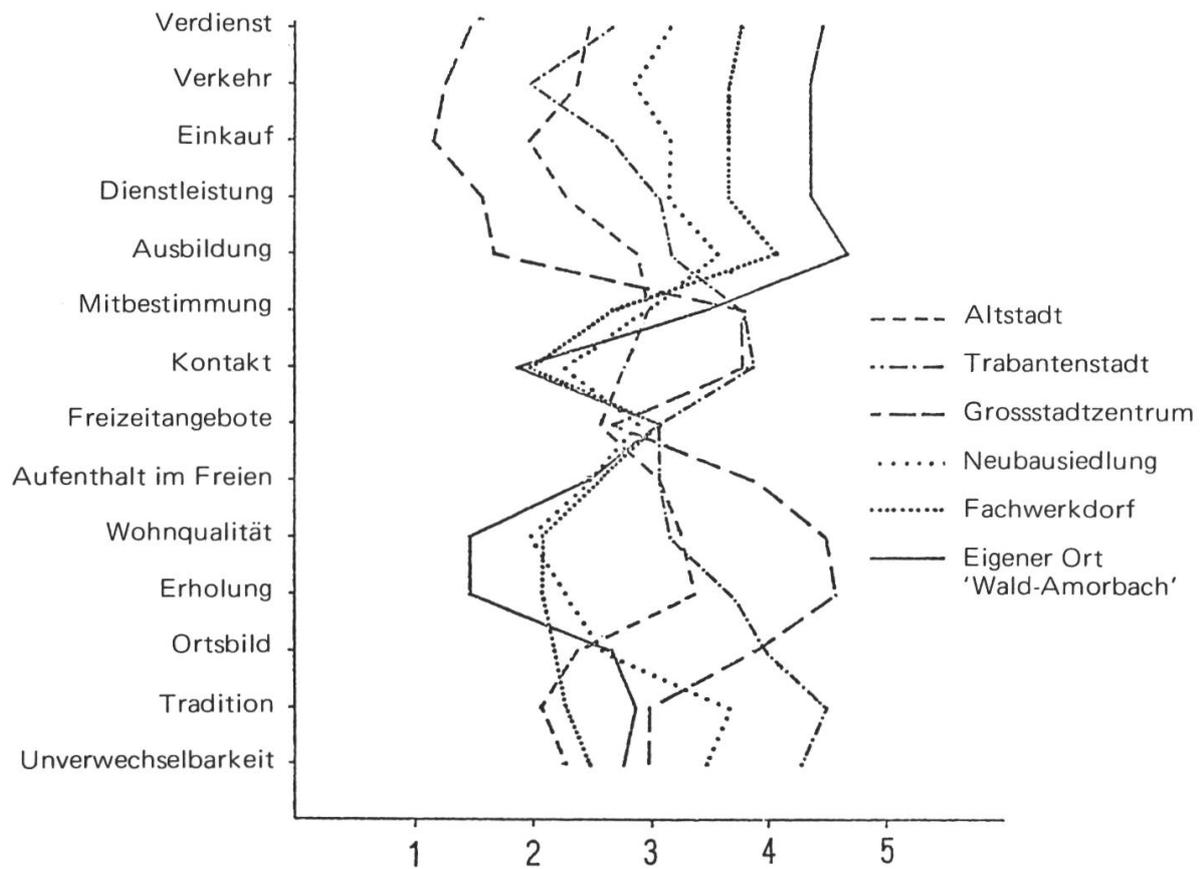


Abb. 16. Wald-Amorbach : Bewertungsvergleich verschiedener Ortstypen.

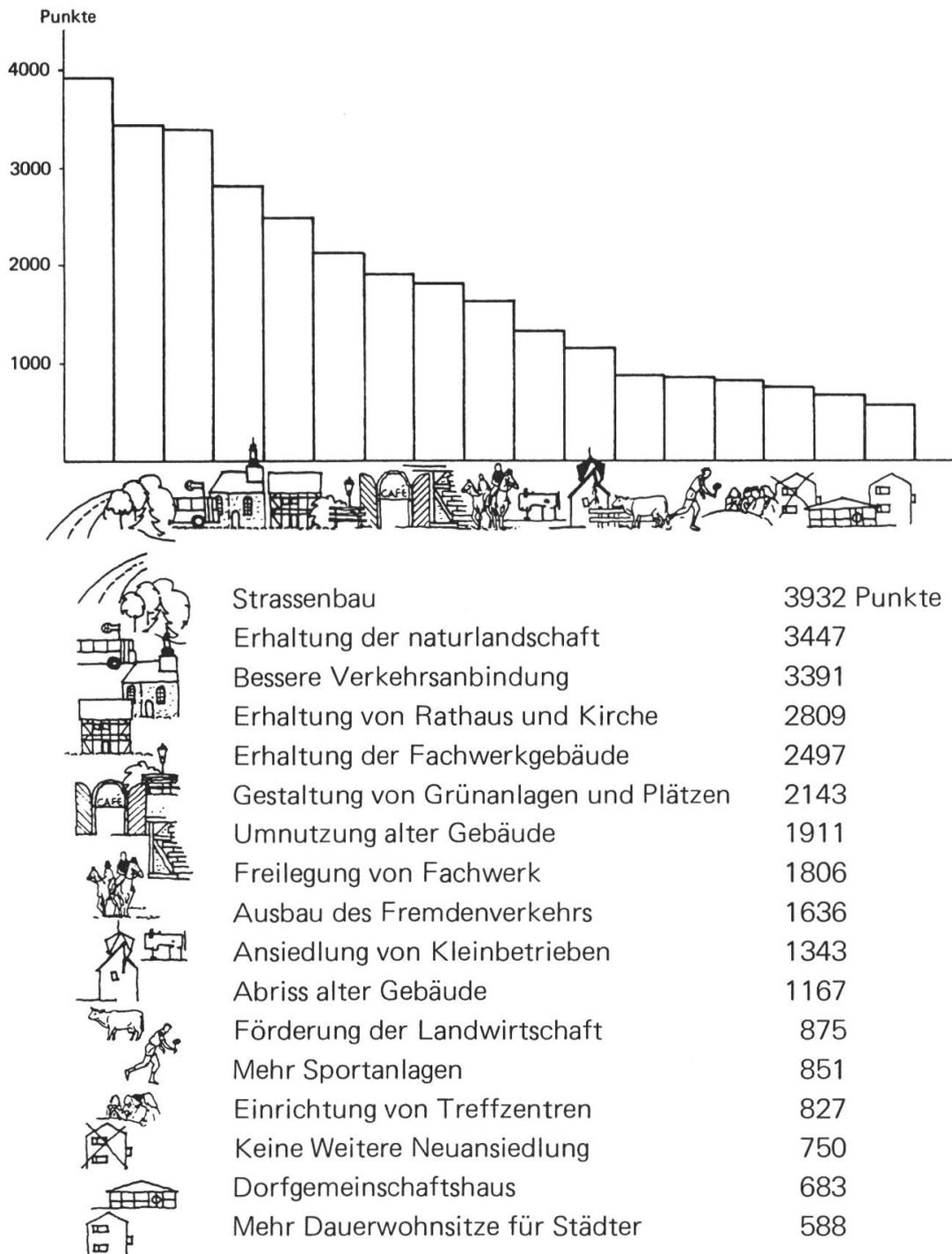


Abb. 17. Wald-Amorbach: Dorferneuerungswünsche.

renzierten sozioökonomischen Bevölkerungssituation sehr deutlich.

Die besonders hohe Präferenz gegenüber der Erhaltung der Naturlandschaft, insbesondere von den Zuzüglern und Neubausiedlern getragen, unterstreicht die These zur einseitig auf Erholung orientierten Stadtlucht.

Die wichtigste Massnahme im Rahmen der Dorferneuerung – die Erhaltung der Altbausubstanz – ist wiederum ein Problem, das besonders kontroversen Vorstellungen unterliegt. Wir hatten diesen Komplex in fünf Massnahmen angespro-

chen: die Erhaltung der öffentlichen Gebäude, der privaten Fachwerkgebäude, die Fachwerckfreilegung, die Umnutzung und schliesslich die Gegenmassnahme "Abriss". Hier kam Betroffenheit besonders deutlich zum Tragen. Für die vergleichende Auswertung wurden die vier erhaltenden Massnahmen in einem Index zusammengefasst. Während in Wald-Amorbach die positive Nennung dafür verhältnismässig hoch war (234 gegenüber der höchsten beim Strassenbau von 259) erreichte sie in unserem zweiten Untersuchungsort Selters noch nicht einmal die Hälfte (73 gegenüber 198). In Wald-Amorbach war nicht nur die Beteiligung bei den Altbaubewohnern geringer, sondern sie gaben auch eine niedrigere Plazierung als die Bewohner von Neubauten, ebenso war es mit den geborenen Wald-Amorbachern gegenüber den Zugezogenen. Die niedrigsten Werte auf der Rangordnung gaben die Jugendlichen, die höchsten die 21-40-jährigen.

Dass die kulturellen Gemeinschaftseinrichtungen (Sportanlagen, Treffzentren, Dorfgemeinschaftshaus) einen verhältnismässig niedrigen Stellenwert bekamen, hing einerseits damit zusammen, dass der Bedarf einigermaßen abgedeckt war, zum anderen liegt auch dies natürlich an der inhomogenen Bevölkerungszusammensetzung.

Die in dem beschriebenen Dorf erprobte Erhebung wurde verfahrensmässig einheitlich in einem ähnlich strukturierten zweiten Dorf durchgeführt. Die vergleichende Analyse der Bevölkerungspräferenzen in unseren beiden Modelldörfern hat Gemeinsamkeiten und Unterschiede ergeben, die nicht nur zu einer der zentralistischen Verplanung vorausgehenden Fortführung dieser vergleichenden Untersuchungen von Raumorientierungen in unseren Gemeinden motivieren sollte, sondern auch vorläufige verallgemeinerungsfähige Aussagen erbringt (vgl. Greverus, 1982):

1) Die Marginalisierungskritik bezieht sich vorrangig auf die Nichterfüllung urbaner Standards (Verkehr, Dienstleistungen, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote) und die Verdienst- und Ausbildungssituation.

Die Realsituation gerade in den Orten zeigt allerdings, dass diese Angebote in einem näherem Umkreis vorhanden sind als für viele Randstadtbewohner. In der Kritik zeigen sich somit Bestandteile eines ideologisierten Stadt-Land-Gegensatzes der hier, bis auf die Anbindung durch öffentliche Verkehrsmittel, nicht mehr zutrifft.

2) Die differente Sozialstruktur verhindert für den wirtschaftlichen Sanierungsbereich gemeinsame Präferenzen (z.B. Förderungen der Landwirtschaft, Ausbau des Fremdenverkehrs, Ansiedlung von Kleinbetrieben), so dass Planung hier nicht von Mehrheitsforderungen ausgehen kann.

3) Die Kritik an den Mitbestimmungsmöglichkeiten in der eigenen Gemeinde wird realistisch und mit anderen Ortstypen ähnlich gesetzt und im Zusammenhang allgemeiner Autonomieverluste im Rahmen der institutionellen Zentralisierung gesehen.

4) Die Erholungsqualitäten des ländlichen Wohnens überhaupt und insbesondere für den eigenen Ort werden besonders hoch eingeschätzt und ihre Erhaltung gefordert.

5) Diese positive Bewertung erhalten auch die Positionen der Privatheit und Aktivitätsentfaltung im eigenen Wohnbereich.

Bei dieser hohen Einstufung gegenüber der besonders niedrigen des Hochhauses spielen sicher auch negativ besetzte Hochhausideologien eine Rolle, aber ebenso die Dichte der nachbarlichen Wohnbereiche und die Frage der eigenen Zuständigkeit und Verantwortlichkeit, die in Mietwohnungen nicht gesehen wird.

6) Die nachbarschaftlichen Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten werden für das ländliche Wohnen sowohl im Orts- als auch im Hausvergleich betont.

Dass in diese Beurteilungen dorfideologische Vorstellungen einfließen, steht ausser Zweifel. Allerdings steht dahinter auch eine Suche nach Nachbarschaft als Überwindung von Anonymität und Kommunikationsverlusten. Die neue Realisierung von Nachbarschaft in einer sozial gemischten Bevölkerung ohne die gemeinsame Basis der dörflichen Ökonomie erscheint bei grösserem Status- und Wertorientierungsabstand chancenreicher.

7) Die Beurteilung der ästhetischen Qualitäten des historischen Baubestands und die Rangpositionen zu Erhaltungs- und Abrissmassnahmen zeugen im Durchschnitt von Entscheidungsunsicherheit.

Da in beiden Orten aber aufgrund der sozialen Differenzierungen und der unterschiedlichen Betroffenheit von Altbau- und Neubaubesitzern (was für den einen finanziell aufwendige Restaurierung oder Verzicht auf urbane Standards bedeutet, ist für den anderen ästhetischer Blickfang aus der verglasten Veranda!) starke Abweichungen nach oben und unten gegeben sind, sind die Durchschnittswerte für die Partizipation der tatsächlich von Erhaltungsmaßnahmen an ihren Häusern betroffenen Bürger wenig relevant.

Die hohe Ortsidentifikation über den Namen des alten Dorfes (und nicht Gemeinde) und das abstrakte "Gerne-leben" muss vor dem Hintergrund der verschiedenen Raumansprüche, die das heutige Dorf für seine verschiedenen Sozialgruppen erfüllt, gesehen werden.

Die Ergebnisse unserer Analysen sind anschliessend auf zahlreichen Bürger- und Behördengesprächen vorgestellt und diskutiert worden. Wir haben für das ausgewählte Planungsbüro zusätzlich einen Merkmalskatalog für derzeitige Nutzung und Zustand aller öffentlichen und privaten Räume (bebaute und unbebaute), sowie erwünschte Nutzung und Zustand erstellt. Dazu haben wir von der Universität einen ständigen Beraterdienst eingestellt, da dieser nicht von den Behörden getragen wurde, und mit der Bevölkerung Rundfahrten zur Besichtigung bereits restaurierter Dörfer und Gebäude durchgeführt. Trotz dieser intensiven Bemühungen erfolgte eine Umsetzung unserer Vorschläge nur sehr langsam. Sowohl der schleppende Verwaltungsapparat als auch das nach wie vor vorhandene Bürgermisstrauen waren daran schuld (Meyer-Palmedo, 1981; Greverus, 1980).

10. IST DIE REVITALISIERUNG DER DÖRFER EINE KONKRETE UTOPIE?

Erst jetzt, Jahre nach unserer Untersuchung, zeigen sich erste Ergebnisse: Die Strasse ist mit einer Natursteinpflasterung ausgebaut worden (ursprünglich sollte sie asphaltiert werden). Die Restauration der öffentlichen Gebäude Kirche und Rat-

haus hat sich leider, obgleich sie Vorbildcharakter hätten haben können, sehr verzögert. Das alte Backhaus wird wieder seiner ursprünglichen Nutzung zugeführt.

Der von der Landkommune gekaufte ehemalige Schultheissenhof, eines der schönsten Gebäude des Ortes, ist aussen renoviert. Da die jugendlichen Landkommunarden durch ihre Selbstbeteiligung an der Restaurierung eine gewisse Achtung der Dorfbevölkerung erringen konnten, wurden ihnen nicht nur Arbeitsaufträge im Dorf gegeben, sondern es wurden auch Kommunikations- und Interaktionssschranken abgebaut. Man sitzt jetzt schon zusammen im Gasthaus und lässt die Dorfkin-der bei den "Kommunekindern" spielen. Negativ dürfte sich allerdings die übliche Mobilität (oder auch Unbeständigkeit der Gruppenmitglieder) auswirken.

Ausser dem Kommunehaus haben gleich zu Beginn ein Bauer und ein Berufspendler restauriert und einige andere Gebäude waren im Umbau. So will ein Städ-ter in die ausgebaut Scheune seines Elternhauses zurückziehen, und ein anderer hat einen Komplex aufgekauft, um ihn für eigene und Fremdenverkehrszwecke zu nutzen. Dadurch konnte ein bereits abrissfreigegebenes Gebäude erhalten und ein Neubau in angepasster Bauweise geplant werden.

Über diesen Aktivitäten sind in unserem Ort durchaus einige neue Kommu-nikations- und Interaktionsformen und auch das Bewusstsein einer Mitverantwort-lichkeit für die eigene gebaute Umwelt entstanden. Dieses Bewusstsein zu stärken, dürfte eine wichtige Aufgabe zukünftiger, auf den ländlichen Raum konzentrierter Kommunalpolitik sein: Ein Ort ist keine zu verwaltenden "Einheit", sondern der alltägliche Lebensraum von Menschen, die nur als autonome Individuen, und d.h. mit Mitbestimmungsrechten, Verantwortung für diesen Ort übernehmen können. Zur Identifikation mit ihrem Ort gehört auch jene Spezifik oder Einmaligkeit, die wir als "Gesicht" bezeichnen. Allerdings muss den Bewohnern der Provinz, denen lange genug der Wert des Ländlichen als Unwert, als Rückständigkeit vermittelt worden ist, die hohe Bedeutung ihrer Lebenswelt als einer ökologischen Nische in einer allseits von den Grenzen des Wachstums bedrohten Welt klar gemacht werden. Dorferneuerung dürfte und müsste in allen Industrieländern weder eine blosse Er-haltung von Relikten noch eine Angleichung an urban-industrielle Standards beinhalten, sondern eine echte Revitalisierung von spezifischen Werten einer vorindustriellen Gesellschaft, wie es in den Intentionen der alternativen Bewegungen ange-strebt, wenn auch selten verwirklicht wird.

Dass die Dorferneuerung vorerst nur im ästhetischen Bereich greift, mag als ein zu kurzer Schritt erscheinen. Andererseits wird über das Bewusstsein, dass auch Wohnen und Bauen ein behutsames Umgehen mit der uns umgebenden Umwelt erfordern, vielleicht eine höhere Sensibilität für die Grenzen der Naturausbeutung ge-schaffen. Auch die durch die Pflege des alten Baubestands wiederhergestellte Bezie-hung zu unserer geschichtlichen Vorwelt könnte zum Nachdenken über manche unnötige Errungenschaft der "Urbanität" anregen: und sei es wenigstens, dass nicht, wie es immer noch geschieht, breite Schnellstrassen durch die Dörfer geplant werden, die nicht nur hässlich sind, sondern die eigentlichen Verkehrsgefährdungen erst bewirken, was dann wieder die Kommunikations- und Interaktionsfunktion der Strasse auflöst und urbanem Vorbild nachgeahmte Abenteuerspielplätze motiviert.

Weder Dorferneuerung noch andere Massnahmen können die dörflich-bäuerliche Gesellschaft der Vergangenheit zurückgeben, aber sie können dem Dorf und seinen Bewohnern, die eine neue und sehr heterogene Gruppe darstellen, Chancen für ein bewussteres Leben in Übereinstimmung mit sich, den anderen und der Umwelt schaffen. Dass dies nicht nur, über Finanzspritzen hinaus, des Abbaus einer zentralistischen Bürokratie von oben bedarf, sondern auch der Bemühungen von unten, und das heisst, aus den Reihen der Bewohner, über Privatinteressen hinaus (Sanierung des eigenen Hauses, Ungestörtheit im eigenen Garten), so etwas wie den alten Gemeinwesengedanken – vom Gemeinwerk bis zur Nachbarschaftshilfe – zu praktizieren, ist die schwierigere Seite für eine Gesellschaft, in der Privatheit (als individuelle Besitz- und Verhaltensform) und Versorgung (als staatliche Garantie) zu höchsten Werten erklärt wurden. Eine wirkliche Revitalisierung der Dörfer, und das heisst des Dorflebens, kann erst über eine Umorientierung stattfinden, bei der die Bewegung aufs Land auch eine Bewegung zum Dorf darstellt. Dazu werden allerdings weniger Franklins “individualistisch eingestellte Manager” noch die Erweiterung der infrastrukturellen “Kulturversorgung” noch die Regionalisierung und Zentralisierung von Freizeit beitragen, sondern die von Schäfer und Lange geforderte aktive Sanierung mit Funktionsüberlagerung und -mischung. Wir haben in unserem Ideenkonzept für die betroffenen Gemeinden insbesondere im Hinblick auf leerstehende, funktionslos gewordene Gebäude, aber auch für Freiflächen, Vorschläge für multifunktionale Nutzungen auf einer kommunikativen Basis neuer Wohn-, Arbeits- und Freizeitformen gemacht, bei der die künftigen Benutzer aktiv mitarbeiten sollten. Die Städtebauer unseres Forschungsteams haben in einer weiteren Arbeitsphase exakte Vorschläge für Alternativen aktiver Sanierung dieser Dörfer erarbeitet. Es sind nicht nur Architektenträume, sondern konkretisierbare Utopien auf der Basis langfristiger Recherchen und orientiert an bereits verwirklichten Vorbildern in der langen Tradition von Landbewegungen. Dass soziale Utopien schon immer für ihre Verwirklichung das Gehäuse und den Rahmen einer gestalteten Umwelt geplant und gebraucht haben (vgl. Moos-Brownstein, 1977), mag über die Beschränkung der Dorferneuerung auf eben diesen Bereich hinwegtrösten.

LITERATURVERZEICHNIS

- ABB. W. (1981), Dorferneuerung – eine konjunkturpolitische Aufgabe? *Planung im ländlichen Raum* (Int. Grüne Woche, Berlin) 24-30.
- ADORNO, T. W. (1969), Erziehung nach Auschwitz, *Stichworte. Kritische Modelle 2*, (Suhrkamp, W., Frankfurt a.M.) 85-101.
- AMERY, C. (Ed.), Die Provinz. Kritik einer Lebensform (München) (1964).
- BENTMANN, R. (1976), Der Kampf um die Erinnerung. Ideologische und methodische Konzepte des modernen Denkmalkultus, *Denkmälräume-Lebensräume* (Greverus I.-M., Ed., Giessen) (1976) 213-246.
- BIMMER, A.C. & BÖTH, G. (1976), Das Tor zum Hessenpark, *Hess. Blätter f. Volks- und Kulturforschung N.F. 1* (Schmitz, Giessen) (1976) 84-90.
- BODENSCHATZ, H. & GEISENHOF, J. (1980), Zip-Zip-Hurra – Eine Zukunft für unsere Dörfer? *Arch +, Z. f. Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen* (Aachen) 51/52 1980, 85-87.
- BOTT, I. et al. (1976), Fachwerkkirchen in Hessen (Königstein).

- CHRISTALLER, W. (1933), Die zentralen Orte in Süddeutschland (Jena).
- “Die regionalen Entwicklungsprogramme” Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Reihe Regionalpolitik, 17. Brüssel-Luxemburg 1979.
- “Die Regionen Europas” (Erster periodischer Bericht über die soziale und wirtschaftliche Lage in den Regionen der Gemeinschaft) (Kommission der Europäischen Gemeinschaften. MS, Brüssel) (1981).
- DÖRING, C. E. (1977), Das kulturgeschichtliche Museum. Geschichte einer Institution und Möglichkeiten des Selbstverständnisses, dargestellt am Beispiel “Heimatmuseum” (Diss. Frankfurt a.M.).
- “Dorferneuerung” (Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reihe B, Sonderheft. Münster-Hiltrup) (1979).
- “Empfehlungen zur Erhaltung und Gestaltung ortsbildprägender Gebäude” (Der Hess. Minister für Landwirtschaft und Umwelt, II C 2-LK. 30.3.2.-gen., Wiesbaden) (1978).
- FRANKLIN, S.H. (1969), “The European Peasantry. The Final Phase” (London-Southampton).
- GLÄTZER, H. (1978), “Landkommunen in der BRD. Flucht oder konkrete Utopie”.
- GREVERUS, I.-M. (Ed.) (1976), Denkmalräume-Lebensräume, *Hess. Blätter f. Volks- und Kulturforschung* N.F., 2/3, (Schmitz, Giessen).
- GREVERUS, I.-M. (1978), Kultur und Alltagswelt. Eine Einführung in Fragen der Kulturanthropologie (Beck, München).
- GREVERUS, I.-M. (1979), Das Dorf als ökologische Nische, *Auf der Suche nach Heimat* (Beck, München) 224-246.
- GREVERUS, I.-M. (1979), Kulturökologische Aufgaben im Analyse- und Planungsbereich Gemeinde, *Gemeinde im Wandel. Volkskundliche Gemeindestudien in Europa* (Wiegelmann, G., Ed.) Beiträge des 21. Deutschen Volkskundekongresses in Braunschweig 1977 (Coppens, Münster) 87-99.
- GREVERUS, I.-M. (1980), Lokale Identität durch Dorferneuerung? *Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur*, Köstlin, K. & Bausinger, H. (Ed.) (Wachholz, Neumünster) 157-168.
- GREVERUS, I.-M.; KIESOW, G. & REUTER, R. (1982), (Hg. im Auftrag des Hess. Ministers f. Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten) “Das hessische Dorf” (Insel Verlag, Frankfurt a.M.).
- GREVERUS, I.-M. (1982), Was halten die Bürger von ihrem Ort? *Das hessische Dorf*. (Greverus, I.-M.; Kiesow, G. & Reuter, R., Ed.).
- “Grosser Hessenplan” (Landesentwicklungsplan) (Hg. v. Hessischen Ministerpräsidenten, Wiesbaden) (1970).
- GUSTAFSSON, L. (Ed.) (1976), “Tintenfisch 10, Thema: Regionalismus” (Wagenbach, Berlin).
- GYR, U. (1979), Regionalprobleme in der Schweiz, namentlich in den Berg- und Grenzgebieten, *Regionale Kulturanalyse, Protokollmanuskript* (Gerndt, H. & Schroubek, G.R., München) 52-55.
- “Handwörterbuch der Raumforschung und Raumplanung” (Akademie für Raumforschung und Raumplanung, Hannover) 3, 1970.
- “Hessen heute” (Eine Dokumentation der Hessischen Landesregierung, Wiesbaden o.J.) 1965.
- ILIEN, A. (1977), “Prestige in dörflicher Lebenswelt. Eine explorative Studie”. (Tübingen Vereinigung für Volkskunde E.V., Tübingen) 1977.
- ILIEN, A. & JEGGLE, U. (1978), “Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner” (Westdeutscher Verlag, Opladen).
- Jahresberichte “Europäische Fonds für regionale Entwicklung” (Kommission der europäischen Gemeinschaften, Brüssel-Luxemburg) 1955 ff.
- JARCHOW, K. & KLUGMANN, N. (1980), “Heumarkt. Versuche anderen Lebens zwischen Stadt und Land” (Rotbuch Verlag, Berlin).
- KLOTZ, H.; GÜNTER, R. & KIESOW, G. (1975), “Keine Zukunft für unsere Vergangenheit. Denkmalschutz und Stadtzerstörung” (Schmitz, Giessen).
- KRUKER, R. (1978), Gemeinde-Region. Zur Problematik ländlicher Raumabgrenzung, *Rhein. JB. f. Volkskunde*, 22, (Dümmler, Bonn) (1978) 69-83.

- Landesentwicklungsbericht Hessen 1970-1978, (Hess. Minister f. Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden) 1980.
- MEYER-PALMEDO, I. (1980), Von einer, die auszog... Mehr Subjectives als Objektives, ange-regt durch eine Tagung über Dorferneuerung, *Notizen*, 10 (1980) 155-168.
- MEYER-PALMEDO, I. (1981), Bürgerinteresse-Bürgerbeteiligung. Ein Erfahrungsbericht, *Das hessische Dorf*. (Greverus, I.-M.; Kiesow, G. & Reuter, R., Ed.).
- MOOS, R. & BROWNSTEIN, R. (1977), "Environment and Utopia. A. Synthesis". (Plenum Publ. Corp., New York).
- NIEDERER, A. (1980), Bestimmungsgründe regionaler Identifikationsprozesse. Zur Problema-tik der Identität kleiner Gemeinden, *Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur* (Köstlin, K. & Bausinger, H. Ed.) (Wachholtz, Neumünster) 147-155.
- Notizen. Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie. Universität Frankfurt a.M., 1 (1974) ff.
- PIZZORNO, A. (1966), Amoral Familism and Historical Marginality, *Int. Rev. of Comm. Dev.* (1966) 3-15.
- "Planung im ländlichen Raum. Dorferneuerung, Flurbereinigung, Bauleitplanung. Bilanzen der Länder nach vier Jahren Zukunftsinvestitionen 1977-1980" (Internationale Grüne Woche Berlin, H. 17) (1981).
- "Richtlinien zur Förderung der Dorfentwicklung in Hessen" (Entwurf) (Der Hess. Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten. II B 2-LK. 30.3.-gen.-. Wiesba-den) (1981).
- SCHÄFER, K. & LANGE, K. (1973), "Funktionsmodelle ländlicher Gemeinden. Beiträge zur Entwicklungstrategie für den ländlichen Raum mit besonderer Berücksichtigung der Funk-tionen nichtzentraler Orte" (Schriftenreihe für Flurbereinigung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bonn) (Wiesbaden).
- SCHWEDT, H. (1974), Zonen verdünnten Lebens. Wohnen auf dem Lande. Vom Fluch der monofunktionalen Nutzung, *Der Bürger im Staat*, 24 (1974) 133-135.
- SCHWEDT, H. (1980), Wenn das Vertrauen in die Zukunft schwindet. Schicksale von Dörfern in Abwanderungsgebieten, *Das Ende des alten Dorfes?* (Kohlhammer, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz). 43-51.
- Städtebauliche Probleme in ländlichen Räumen, *Mitteilungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung*, 22. Jg., Bd. I (Hannover, 1978).
- TRÄNKLE, M. & NARR, R. (1976), Unser Dorf soll schöner werden, *Zs. f. Volkskunde*, 72 (Kohlhammer, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz) (1976) 201-230.
- ZIPPELIUS, A. (1974), "Handbuch der europäischen Freilichtmuseen" (Rheinland-Verlag, Köln).

QUELLENNACHWEIS ZU DEN ABBILDUNGEN

- Abb. 1. Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, "Informationen zur politischen Bil-dung", Juli 1974.
- Abb. 2. AID (Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und For-sten e.V.). Bonn-Bad Godesberg 1979 "Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland".
- Abb. 3. Auszug aus dem Materialband zum Agrarbericht 1981 der Bundesregierung, Druck-sache 9/141, Tab. 60.
- Abb. 4 und 5. Die Regionen Europas 1981, Karten 5.1., 8.2.
- Abb. 6. The Community and its Regions. European Documentation. Periodical 1/80.
- Abb. 7 und 8. Landesentwicklungsbericht Hessen 1980, S. 116.
- Abb. 9. Ebd. S. 107.
- Abb. 10. Fischer, K.G.: Mensch und Gesellschaft. Ein Arbeitsbuch für den Sozial- und Gesell-schaftskundeunterricht. Stuttgart 1973, 81.
- Abb. 11. Motive – Meinungen – Verhaltensweisen. Einige Ergebnisse und Probleme der psy-chologischen Tourismusforschung. Studienkreis f. Tourismus e.V. Starnberg 1969, 31.

Abb. 12. Grosser Hessenplan 1970, S. 51.

Abb. 13. TH Darmstadt, Fachgruppe Stadt, Städtebauentwurf SS 79, SS 80, Verf. De Wit, Kuntz.

Abb. 14. Arbeitsgemeinschaft ländlicher Lebensraum, AG Architektur, TH Darmstadt.

Abb. 15 und 16. Arbeitsgemeinschaft ländlicher Lebensraum, AG Kulturanthropologie, Universität Frankfurt a.M.

Abb. 17. Ebd.